

HORCH UND GUCK

Historisch-literarische Zeitschrift des Bürgerkomitees »15. Januar« e.V.

2 A 12242 - 4. Jahrgang / Heft 16

1995 / Nr 3 / 5 DM



Demonstration in Jena am 19. März 1983

Inhaltsverzeichnis

Friedensarbeit in der DDR

- Jugendarbeit und Junge Gemeinde zwischen Kirche und SED-Staat in den 70er und 80er Jahren (Klaus Hugler/ Hans Bernhard Kaufmann) 1
- Ein Abrüstungssymbol in der DDR und seine Folgen (Karl-Adolf Zech) 16
- »Schwerter zu Pflugscharen« - Vision und umstrittenes Symbol. Interview von Ludwig Mehlhorn 1988 (Martin-Michael Passauer) 32
- »Fegen für den Frieden« (Rüdiger Rosenthal) 36

Kunststück

- Josef Nowinka, Zeichnung, 1974 35

Themen

- Unsere Niederfreierung - oder: Wir hatten mehr Glück als Verstand (Wolf Biermann) 38
- Jazz in den Zeiten der Cholera (Jan Eik) 39
- Vorbereitung auf den Ernstfall (Klaus Schwabe) 44
- Die politische Polizei in Deutschland (Hartmut Rosinger). 49

Fundstücke

- »Weg mit der Hundescheiße!« (Foto) 55
- »verkauf der apfelsinen« (Dokument) 58
- »Republick[!]geburtstag im Karl-Marx-Jahr« (Foto) 66
- »Gehirn« (Foto) 67

Feuilleton

- Gedichte (Shanghai) 56

Rezensionen

- Udo Scheer über »Zersetzung der Seele«, hrsg. von Klaus Behnke und Jürgen Fuchs 59
- Udo Scheer über »Erinnerungen an eine Jugend« von Utz Rachowski 60
- Karl-Wilhelm Fricke über »Bis zum bitteren Ende« von Josef Schwarz 61
- Anne Stabrey über »Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990« von Gerhard Besier 62
- Jutta Lietsch über »Der vergessene Archipel« von Jean-Luc Domenach 63
- Armin Mitter über »Die Deutschen und ihre Vergangenheiten« von Ernst Nolte 65

Schauplätze

- Das Urteil müssen die Wähler fällen (Jens Reich) 68
- Wachheit danach. Warum wir aus Diktaturen nichts lernen (Herta Müller) 69
- Wider das Vergessen und die Mauern des Schweigens (Hans Schwenke) 71
- Bemerkungen zum »Stasi-Spionage-Beschluß« des Bundesverfassungsgerichtes (Georg Kelm) 72
- Die Spur der Toten oder Der geordnete Rückzug (Hans Schwenke) 76
- »Diestel gegen den Rest der Welt« (Hans Schwenke) 80
- »Hoffentlich erkennen Sie, wenn ich ironisch bin« (Marieluise Rohde) 84
- Die Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus - der aktuelle Konflikt (Wolfgang Templin) 85
- Reiseeindrücke 1991 (Barbara Timm) 91
- Veränderungen (China) 92

Korrespondenz

- Leserbrief (Erhard Weinholz) 94

Veranstaltung

- Jacques Rossi 95

- Impressum 96

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Seit dem Erscheinen unseres letzten Heftes ist nun wieder unverhältnismäßig viel Zeit vergangen. Das, was wir uns vorgenommen hatten, nämlich »Horch und Guck« wieder alle zwei Monate erscheinen zu lassen, haben wir nicht geschafft und werden wir wohl, wenigstens in der allernächsten Zukunft, nicht zuwege bringen. Hauptgründe dafür sind die nach wie vor zeit- und kraftraubenden bürokratischen Klimmzüge, denen wir uns für das inzwischen auf fünf Personen geschrumpfte Gesamt-Projekt unterziehen müssen. - Für Menschen, die es ganz genau wissen wollen: Konkret geht es hier, vereinfacht dargestellt, um die Angleichung des Ost-249h AFG (Arbeitsförderungsgesetz) an den Gesamtdeutschen-242s AFG.

Im Mittelpunkt dieses Heftes steht, was Pfarrer Martin-Michael Passauer im Jahr 1988 als »Friedensarbeit in der DDR« bezeichnet wissen wollte. Selbstverständlich sind das nur einige wenige Aspekte eines ansonsten sehr umfangreichen und komplexen Phänomens; keineswegs soll hier DIE Friedensarbeit oder Friedensbewegung der DDR abgehandelt werden.

Schon im letzten Heft war Dr. Klaus Schwabe, Sachgebietsleiter im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv Schwerin, mit einem Aufsatz über eine der Grundstrukturen von Macht- und Repressionsausübung in der DDR vertreten: die Nomenklaturkader der SED. Diesmal schrieb er, und darauf sei besonders hingewiesen, über die Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen der SED in den Nord-Bezirken der DDR.

Zu den immer noch aktuellen und brisanten Themen gehört der sogenannte »Stasi-Spionage-Beschluß« des Bundesverfassungsgerichts. Wir wissen nicht, wer sich von unseren Leserinnen und Lesern der Zumutung aussetzte, den Original-Text zu lesen. Unser Autor, Herr Georg Kelm, hat sich die Mühe gemacht, den in einer besonders vertrackten juristischen Ausdrucksweise verfassten Beschluß durchzuarbeiten, ein Resümee des Inhalts zu geben und darüberhinaus - im Zusammenhang mit der bereits veröffentlichten Meinung - zu diskutieren. Seine Schlußfolgerungen seien hiermit zur Debatte gestellt.

Zu dem Fall Monika Maron fällt uns nichts weiter ein als dies: manches klärt sich eben im Laufe der Zeit. - Zum Beispiel, warum ihr Roman »Flugasche« das hatte, was man im DDR-Literatur-Unterricht einen »positiven Schluß« nannte... Und wieso diese simple Tatsache - seinerzeit - die bundesdeutsche Literaturkritik nicht abhielt, das Buch in den (Verkaufs-)Himmel aufmüpfiger DDR-Literatur zu schießen.

In der Beilage unseres vorletzten Heftes Nr. 14 (Heft 1, 1995) haben wir darauf hingewiesen, daß die nächste Runde der Auseinandersetzungen um die »Gedenkbibliothek für die Opfer des Stalinismus« abzusehen ist. Dieses Ereignis hat inzwischen stattgefunden und, das steht zu befürchten, war mit einiger Sicherheit - nicht das letzte. - Mit unserem Beitrag dazu - wir drucken die Konflikt-Beschreibung durch den ehemaligen Vorsitzenden des Fördervereins, Wolfgang Templin, ungekürzt, in seiner ganzen Länge ab - werden wir uns sicher dem Vorwurf der Unausgewogenheit aussetzen. Wir weisen aber an dieser Stelle auf die kuriose Templin-Replik von Dr. Achim Günther, Berlin-Dahlem (dem designierten Vorsitzenden des Fördervereins), die im ND vom 22.8.1995 stand. Wer lesen kann - lese!

Im Namen der Redaktion

Werner Kiontke

PS: Frau Sabine Mirek möge uns bitte Ihre Adresse mitteilen, damit wir ihr die Hefte, die sie bereits bezahlt hat, auch zusenden können. - Mit freundlichem Gruß!

Ein Abrüstungssymbol in der DDR und seine Folgen

Ein Betroffenenbericht zum Umgang von SED und Stasi mit dem biblisch-sowjetischen Symbol »Schwerter zu Pflugscharen« in den Jahren 1982/83 und dessen spätere Auswirkungen

Erinnern
das ist
vielleicht
die qualvollste Art
des Vergessens
und vielleicht
die freudigste Art
der Linderung
dieser Qual.

Erich Fried

Einleitung

Im Zeitalter der DDR-Nostalgie tut es bitter Not, an das Gewesene zu erinnern, an die wirkliche, erlebte, erlittene, beängstigende Geschichte eines Landes, das unter Kontrolle eines Teils der Sieger über den nationalsozialistischen Totalitarismus vorgab, eine herrliche, glückliche Zukunft für alle aufzubauen, und unter diesem Banner selber totalitär die Seelen der Menschen forderte, das Erbe der Väter und Mütter verplemperte und die Zukunft aufs Spiel setzte. Auch dem Beschwören der »Fleischtopfe Ägyptens«, der Vorzüge des vormundschaftlichen Staates (Rolf Henrich), muß immunisierend konkrete Geschichte gegenübergestellt werden. Keinem von ihnen ist ein Haar gekrümmt worden. Die früheren Führer und zumeist heutigen Besserverdienenden sitzen fast alle wieder fest im Sattel und unter dem Schutz des Rechtsstaates.

Erzählen wir es also immer und immer wieder, zur Zeit oder zur Unzeit, was geschehen ist. Unsere eigenen Erfahrungen und die der anderen, damit niemand sagen kann, er habe es vergessen, er habe es nicht gewußt.

Nachfolgend soll erzählt werden, wie die Mächtigen mit ihrem Apparat und ihren dienstfertigen Helfern in sinnlos kontraproduktivem, aber parteiergebenem Handeln versuchten, durch Zersetzen [5] eines Menschen den Gedanken der Abrüstung, in dem Moment, wo er von unten gedacht wurde, auch unter der Gefahr zu bekämpfen, das eigene Gesicht zu verlieren. Gewiß, Spektakuläres gibt es nicht zu berichten, weder meine Frau noch ich mußten einsitzen oder wurden auch nur verhört. Aber das Erfahrene ist konkret und könnte etwas von dem damals herrschenden Klima vermitteln und das Umfeld beleuchten, das bis zur Wende das Empfinden und Verhalten der Menschen prägte. Wenn wir keine Bekanntschaft mit einem Gefängnis machten, so muß doch festgehalten werden, daß meine Frau nur durch einen »zufälligen« Fehler¹ der Stasi daran vorbeikam und daß wir seit 1980 im »Vorbeugungsdokument Kategorie

4.1.1.« verzeichnet waren, das Isolierung / Verhaftung / Internierung im Krisenfall vorsah [8], [10], [11]². Hätten wir das seinerzeit gewußt, es hätte möglicherweise unsere Einstellung zum »Hierbleiben« gekippt, zumal die üblichen »operativen Maßnahmen« wie Telefonabhören, Wanzeneinsatz, illegale Wohnungsdurchsuchungen, Vertrauensbruch durch IMs³ und Beobachten und Fotografieren auf der Straße, Postkontrolle und Postraub reichlich eingesetzt wurden. Die aktivste Zeit für die Stasi war etwa 1976 bis 1980. Von 1980 bis 1983 gab es zwar eine »operative Kontrolle« durch die Hauptabteilung XVIII, im wesentlichen wurde bis März 1989 aber nur gesammelt und registriert, ohne erneut eine förmliche OPK oder einen OV⁴ zu eröffnen. Die in diesem Text beschriebenen Vorgänge weisen jedoch auf die Eigendynamik einmal eingeleiteter Bekämpfungsmaßnahmen hin. - Immerhin mußte ich aufgrund übereifriger IMs und SED-Genossen meinen Arbeitsplatz räumen.

Ein Teil des hier eingeflossenen Wissens entstammt einer Forschungsarbeit über die Folgen der Selbstverbrennung des Zeitzer Pfarrers Brüsewitz [7], die durch das Stasiunterlagengesetz §32 [1] ermöglicht wurde. Schwerpunkt dieses Berichtes ist jedoch die Zeit ab 1982. Die Informationen aus dem Bestand des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen entstammen für diesen Zeitraum u.a. aus »persönlicher Akteneinsicht« [10] und waren deren Regelungen unterworfen.

Vorgeschichte

Das Jahr 1976 markiert einen Wendepunkt in der DDR. Nach Honeckers Machtantritt, ersten Lockerungen, dem Viermächteabkommen, der KSZE⁵ in Helsinki und anderen Hoffnungszeichen erwartete man Veränderungen. Doch wie schon 1968 zeigte sich die stalinistische Bürokratie als nicht reformierbar. Zwei Ereignisse stehen dafür: das Geschehen um die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz [4] und die Ausbürgerung von Wolf Biermann.

Brüsewitz war Pfarrer in der Nähe von Zeitz. Er prangerte konsequent und unnachgiebig die gesellschaftlichen Zustände im Lande an und ging dabei sehr phantasiereich vor. Damit war er natürlich den Maßnahmen der SED-Organen ausgesetzt, die Konfrontation der humorlosen Macht mit dem kleinen Dorfpfarrer eskalierte. Am 18. August 1976 verbrannte er sich auf dem Marktplatz neben

1 Die »unzulässige[n] Veränderungen« am inoffiziellen Beweismittel (ein gestohlener Brief) durch »Ablochung zwecks Abheftung« - dadurch offiziell strafprozessual nicht verwertbar.
2 In der Nazizeit sagte man dazu »Schutzhaft«. Ähnlichkeiten sind nicht zufällig.
3 IM: Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (nicht verharmlosend: »informeller«!)
4 OPK: Operative Personenkontrolle; OV: Operativer Vorgang. [6]
5 KSZE = Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

einem Schild, auf dem stand: »Die Kirche in der DDR klagt den Kommunismus an! Wegen Unterdrückung in Schulen an Kindern und Jugendlichen«.

Ich schickte meine Fotos von Brüsewitz und seiner Beerdigung in alle Richtungen, dazu tippte ich sämtliche Informationen, Flugblätter und Briefe ab, derer ich habhaft wurde, und versandte sie. Das blieb nicht unbeobachtet. Man eröffnete die »Operative Personenkontrolle Apostel«. Der sich daraus entwickelnde »Operative Vorgang« wurde 1980 archiviert, weil man in vier Jahren auch durch Wanzen, Wohnungsdurchsuchungen, IM-Einsatz usw. keine gerichtsverwertbaren Nachweise erbringen konnte. Doch der »Apostel« ist eine Geschichte für sich [8], [9].

Brüsewitz hatte darauf aufmerksam gemacht, daß ein Christ Entscheidungen treffen muß. Wenn nötig, muß er eben auch gegen den Strom schwimmen. Und er hat ein Nachdenken darüber angeregt, was es mit der Rede um die gefürchteten »Nachteile« bei eigenen Entscheidungen auf sich hat. Wo liegen die wirklichen Lebensschwerpunkte?

Schwerter zu Pflugscharen - der Anfang

Eine solche Entscheidungssituation zog für mich 1982 herauf. Die kirchlichen Friedensdekaden hatten sich das biblische Wort von den Pflugscharen, die einst aus den Schwertern geschmiedet werden sollen, zu eigen gemacht. 1980 wurde dieses Wort in Form des sowjetischen Abrüstungsdenkmals vor der UNO in New York und vor der Tretjakow-Galerie in Moskau als Lesezeichen auf Fließmaterial gedruckt. Im Folgejahr wurde es aufgrund eines Vorschlages des sächsischen Landesjugendpfarrers Harald Brettschneider kreisrund und dreifarbig angeboten. So mancher Jugendliche nähte es sich auf den Ärmel.

Es war die Zeit nach der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa und der dadurch ausgelösten NATO-Reaktion. Es stand für jeden nachdenklichen Menschen die Frage, ob er im kleinen seinen Frieden in diesem Staat haben, im großen aber dem Risiko einer Menschenvernichtung ungeahnten Ausmaßes tatenlos gegenüber stehen will, oder ob er sich einmischt und damit eine Störung der (ohnehin verlogenen) Harmonie riskiert.

Das relativ häufige Erscheinen dieses Symbols in der Öffentlichkeit, in Schulen und Betrieben rief die »Organe« auf den Plan. Schließlich handelte es sich um eine nicht angewiesene und damit gefährlich unkontrollierte Friedensbekundung. Die Polizei benahm sich Jugendlichen gegenüber sehr rüde. Stellten sie jedoch einen Pfarrer mit diesem Symbol am Ärmel, so waren sie zurückhaltender und ließen ihn oft mit dem Zeichen wieder gehen. Leider schlossen sich nur wenige Pastoren an. Die als Begründung für die Beschlagnahmungen herangezogenen polizei-gesetzlichen Bestimmungen wurden erst nach und nach »erarbeitet«, so u.a. die, daß »gefährliche« Gegenstände einzuziehen seien.

Am 9.2.1982 wurde Pfarrer Eppelmann verhaftet. Er hatte aufgerufen zur Unterzeichnung seines »Berliner Appells«, in dem vor den Folgen eines Atomkrieges gewarnt wurde (»Frieden schaffen ohne Waffen«). Die Kirchenleitung erreichte seine Freilassung, verbunden mit der Forderung an Eppelmann, sich mehr zurückzuhalten.

Beteiligt an diesem Appell war Rudi Pahnke, Pfarrer an unserer Elias-Gemeinde. Die an die Superintendenturen gegangene Stellungnahme der Kirchenleitung konnte ich erhalten und nach Abschrift verteilen. Dieser Appell motivierte. Wenn das, was dieser Staat immer im Munde führte, Abrüstung und Frieden, zu Verhaftung führt, sobald man es in eigenen Worten und politisch untersetzt ausdrückt, dann muß doch etwas faul sein. Dann sind die Friedensbeteuerungen vielleicht nur vorgeschoben, und die Gefahr der Massenvernichtung wird bewußt einkalkuliert?⁶



Jewgeni W. Wutschetitsch, Wir schmieden Schwerter zur Pflugschar, Geschenk der UdSSR an die UNO, 1959 (Foto 1990, New York)

Eingaben

Derartige Gedanken trugen dazu bei, daß auch ich das Zeichen »Schwerter zu Pflugscharen« trug. Ein Exemplar befand sich auf der Arbeitstasche, ein anderes an der Kutte. Niemals hatte mich ein Polizist angesprochen. Vielleicht konnten sie an Jugendlichen ihren »Kampfauftrag« leichter erfüllen? So fühlte ich mich mehr und mehr sicher. Doch die Polizeiübergriffe nahmen zu. Darüber berichteten die Glieder unserer Jungen Gemeinde oder auch Jugendpfarrer wie Peter Raichmayr aus Berlin-Mitte.

Von Pfarrer Pahnke erfuhr ich, daß sich die sowjetische Botschaft in der DDR in einem Schreiben voll hinter ihr Denkmal mit dem nackten Riesenschmied gestellt hatte, der ein Schwert in einen Pflug umschmiedet. Es wäre ein triumphales Argument gewesen, im Falle eines Falles einen solchen Brief hervorzuziehen. Die Verunsicherung der Organe wäre angesichts der sowjetischen

Führungsrolle wohl auch belustigend gewesen.

Also schrieb ich im April 1982 einen entspre-

6 Kurioserweise entdeckte ich im Januar 1995 im Archivkeller der Gauckbehörde eine ca. 20 cm hohe Kopie des Schwerter-zu-Pflugscharen-Standbildes, das einst einen Offizierstisch zierte. Man sagt sogar, es hätte auf Mielkes Schreibtisch gestanden...

chenden Brief an den Sowjetbotschafter. Als ich ihn abgeben wollte, war die Botschaft Unter den Linden geschlossen und nirgendwo ein Briefschlitz zu finden. Schließlich warf ich ihn in einen Briefkasten der Deutschen Post, wohl wissend, daß er »verschwinden« kann. Und gerade das trat ein: Der Brief wurde durch die Abteilung M (Postkontrolle) des MfS⁷ abgefangen. In einer späteren MfS-internen Auskunft wird daraus die Mär, daß ich Eingaben an ausländische Institutionen (Plural!) in Vervielfältigung gerichtet hätte. Später verfaßte ich ein zweites Schreiben an die Botschaft, in russisch. Darin nahm ich Bezug auf den vorhergehenden Brief, um dessen mögliches Verschwinden ruckbar zu machen. Aber ich resignierte dann und gab ihn nicht ab.

Im gleichen Monat schrieb ich hintereinander Eingaben an die Ministerien für Inneres, Verteidigung und Volksbildung sowie an den Staatsratsvorsitzenden Honecker, später an den Rechtsausschuß der Volkskammer und an das Staatssekretariat für Kirchenfragen. Ich gab die Briefe persönlich in der Poststelle des Ministerrates ab, erhielt dort aber trotz Drängens keine Eingangsbestätigung. So erreichten alle Briefe ihr Ziel. Das Büro Honecker reichte die Eingabe gleich an die Stasi weiter. Das Innenministerium rief mich im Betrieb an und wollte ein Gespräch mit mir führen - in der Kaderabteilung! Das lehnte ich ab, der Brief wurde dem MfS übergeben. Das Verteidigungsministerium dagegen bemühte sich um eine Verständnis suchende Antwort. Die Volksbildung schwieg.

1989 war es dann eine der Zielstellungen im Maßnahmenplan zur »Operativen Personenkontrolle« (OPK) »Prelleler« herauszufinden, inwieweit man meine Eingaben gemäß § 220 StGB (Staatsverleumdung) gegen uns nutzen könnte.

Im Institut für Nachrichtentechnik

Ein Lehrling für Rechentechnik in meiner Arbeitsstelle, dem Institut für Nachrichtentechnik (INT), Ilona Walter, kam zu mir und berichtete, wie ihr das Symbol am Alexanderplatz von zwei Zivilen abgenommen wurde. Meine Position war, daß man nur hartnäckig genug sein und sich auf Rechtspositionen beziehen mußte. Natürlich kannte ich die prinzipielle Rechtlosigkeit in diesem Staat, aber es gab die Argumentationshilfen der 8. Synode. Man durfte es den Organen nicht abnehmen, das Recht zur Kenntnis zu nehmen, bevor sie es brachen.

Dieses Wissen hatte auch der Lehrling. Obwohl Nicht-FDJlerin, wurde sie zu den Veranstaltungen des »FDJ-Studienjahres« eingeladen, das der Abteilungsleiter Günther F. leitete⁸. Im April ging es um die Friedenspolitik. Gleiches Thema war angesagt bei dem durch den Hauptabteilungsleiter Dr. W. S. ausgerichteten »Treffpunkt Leiter«-Ritual. In beiden Runden hatte sich Ilona Walter Begriffen wie »staatsfeindlich« und »gegnerisch« im Zusammenhang mit dem Symbol zu erwehren. Dr. S. erklärte jedoch großzügig, daß sie kein Staatsfeind sei. Dennoch wurde sie zurückgesetzt. Sie hatte sich als Helferin für das Betriebsferienlager gemeldet und war auch schon dafür geschult worden. Olaf K., abgebrochener Mathematikstudent und Lehrausbilder, erklärte ihr, daß er ihr seine Kinder nicht anvertrauen würde. Man suchte Ausreden und log derart offenbar, daß Mit-

arbeiter des Rechenzentrums eine Entschuldigung von der SED-Parteigruppe verlangten. Die Delegation zum Informatik-Fachschulstudium, die für Frau Walter vorgesehen war, erfolgte später nicht, sondern sie mußte auf eigene Faust studieren.

Am 29. April 1982 war ich von einer Tagung der Kammer der Technik⁹ zurückgekommen. Ich hatte diese Veranstaltung als Vorstandsmitglied des Fachunterausschusses »Schaltssysteme und Automaten« im INT-Ferienheim Angelroda/Thür. mit organisiert. Dort waren auch Fachkollegen aus der NVA und vermutlich - wir setzten das immer voraus - vom MfS, zumindest Zuträger, zugegen. Niemand sprach mich wegen meines Ärmelsymbols an, obwohl ich durch einen eigenen Vortrag und gelegentliche Tagungsleitung nicht unauffällig war. Nur bei der Verabschiedung wünschte mir einer aus dem Vorstand, vermutlich IM oder ähnliches, viel Glück mit meinem Ärmel. Lange hatte ich geglaubt, daß Teilnehmer dieser Tagung den Stein ins Rollen gebracht hätten.

Doch einen Tag später, am 30.04.82, schrieb Oberleutnant Kieck von der Stasi-Hauptabteilung XVIII¹⁰, Referat 8/1, in einer Information »Tragen von Aufnähern 'Pflugschare statt Schwerter' durch einen Angehörigen des Instituts für Nachrichtentechnik«, daß der AOV¹¹ »Apostel« am 29.4. und 30.4. in der Straßenbahn mit den Aufnähern durch die INT-Mitarbeiter Genn. Wieszorek und Rudolph gesehen wurde. Als vorgesehene Maßnahmen wurde notiert: Aussprache mit dem Z. durch den staatlichen Leiter mit der Maßgabe der Entfernung, ansonsten Meldung an VP-Inspektion, bei weiterer Abstimmung mit der Kaderabteilung am 3.5.

Das war der Auftakt.

Vorladung zu »Adam Ries«

Es war ein beliebtes Spielchen des IMS »Adam Ries«, Stellvertreter des Institutsdirektors und mein Fachdirektor, die Kollegen zu Disziplinierungs- und anderen Gesprächen am Freitag 16.00 Uhr zu bestellen. Das förderte eine beschleunigte Abfertigung des Delinquenten.

Am Freitagmittag des 30. April kam die telefonische Weisung, daß ich mich um 16 Uhr bei »Ries« im Hauptgebäude des INT in der Edisonstraße Oberschöneweide einzufinden hätte. Einen Grund nannte man nicht, ich konnte mir in diesem Moment auch keinen denken.

Als ich im Chefzimmer im vierten Stock ankam, saß dort auch bereits Dr. S., mein Hauptabteilungsleiter. »Adam Ries« erklärte, er sei informiert worden, daß ich in zwei Ausführungen ein nicht genehmigtes Symbol trage und verlas von einem Zettel, einem Schreibmaschinendurchschlag, daß es keine Druckgenehmigung dafür gäbe und es eine Ordnungswidrigkeit darstelle. Außerhalb des Betriebes sei dafür die Volkspolizei verantwortlich, hier in der Dienststelle sei er es, der das Ablegen des Symbols verlange.

Ich fühlte mich angesichts der Rechtslage ziemlich sicher und antwortete entsprechend, wußte aber, daß mir von nun an eine größere Auseinandersetzung bevorstehen würde. Ich versuchte darzustellen, daß mir an einer Konfrontation nichts liege. »Adam Ries« antwortete, daß

7 MfS: Ministerium für Staatssicherheit.

8 FDJ: Freie Deutsche Jugend; Massenorganisation der Jugendlichen in der DDR, »Kampfereserve« der SED

9 Kammer der Technik, KdT: DDR-Ingenieurorganisation

10 Die Abteilungen XVIII jeder Stasi-Bezirksverwaltung und die Hauptabteilung XVIII des Ministeriums waren für die »Sicherung der Volkswirtschaft« zuständig.

11 übliche Bezeichnung: »AOP« für »Archivierten Operativen Vorgang«

bislang Konfrontation auch nicht Gegenstand der Diskussion gewesen sei, von nun an müsse er aber mit seinen Mitteln als Leiter reagieren. Und er reagierte!

Um diese beiden Leiter auf politische Aussagen festzulegen, berichtete ich von Ereignissen in Potsdam, wo die Polizei Jagd auf Jugendliche gemacht hatte, die eine Friedenstaube am Ärmel trugen, und fragte, ob sie auch gegen das Symbol der Friedens-taube etwas hätten. »Adam Ries« hatte nichts dagegen, wenn es die von Picasso wäre. Dr. S. wollte sich jedoch nicht festlegen und gegen die mißbräuchliche Verwendung aller Symbole vorgehen. Nach weiteren Rechtshinweisen meinerseits zog sich »Ries« auf seine Leiterfunktion zurück und bot für die politischen Fragen ein gesondertes Gespräch an.

Die angebotene inhaltliche Diskussion hatte Dr. S. am Morgen des 3.5.82, einem Montag, mit mir zu führen. Gleich bei meinem Anwesenheitseintrag im Sekretariat wurde ich zu ihm ins Chefzimmer gerufen. Er versuchte mir klarzumachen, daß die Kirche hier ein böses, objektiv gegen die wahre Friedensbewegung gerichtetes Spiel treibe. Er erlebe die Folgen dieser Propaganda als Elternfunktionär und bei den Lehrlingen. Die NATO würde aufgrund der eigenen Erkenntnis, daß es gesetzmäßig mit ihnen zu Ende gehe, diese Hochrüstung betreiben. Und nach einem Atomkrieg würden die nachkommen- den Generationen den Kommunismus aufbauen. Und diese Bemerkung war nicht etwa augenzwinkernd, ironisch gemeint! Ich erklärte ihm, daß ich nicht bereit sei, auf Zuruf meine Meinung zu ändern, und das Zeichen nicht ablegen werde.

Den Inhalt dieser beiden »Gespräche« behielt ich nicht für mich. Allen Kollegen erzählte ich davon. Über das Freitagsgespräch fertigte ich eine Niederschrift an, nach dem Gespräch mit S. stellte ich in einer schriftlichen Erklärung nochmal meinen Rechtsstandpunkt klar.

Beide Texte übergab ich an Dr. S. zur Weitergabe an den Direktor »Ries«. Sie wurden ohne Änderungsbegehren akzeptiert und so der Stasi übergeben, die in ihren Berichten schlicht darauf verweisen konnte.

Das gibt es also auch: Eigene Berichte über sich selbst in den Akten!

Maßnahmen zur Disziplinierung

Am Mittwoch, 5.5.82, erfuhr ich über meinen amtierenden Abteilungsleiter Dr. G. W., daß auf der Leitungssitzung vom Dienstag »festgelegt« worden sei, die kirchlichen Aktivitä-

124 79

BSU
000093

Quelle: IM "Lenz"
entgegengen.: "M e i ß n e r"

Berlin, den 25.5.1982

Betr.: Dr. Z e c h, Karl-Adolf

Am Sonntag den 16.5.82 zum Montag den 17.5.82 von 21.00 - 2.00 Uhr hat der IM mit Dr. Z e c h im ZOD Charlottenburgerparkstraße gerschnet.

In den Pausen saßen sie zusammen im Aufenthaltsraum. Gegen 1.00 Uhr kam seine Frau. Er hatte schon vorher gesagt, daß ihm seine Frau abholen will, sie komme mit dem Fahrrad. Sie kam jedoch dann nicht mit dem Fahrrad. Sie legte sich dann auf 3 Stühle und schlief dort, bis ihr Mann mit seinen Rechenprogramm fertig war. Da der IM zur gleichen Zeit fertig war, fuhr er beide noch nach Hause mit seinen "Trabant". Dabei fiel ihm auf, daß sie erst sagten er soll sie an der Stargarder Straße raus lassen, dann sagten sie er könne sie an der Prenzlauer Allee raus lassen, er fuhr sie jedoch bis vor die Haustür in der Schliemann Straße. Die Gespräche die in den Pausen geführt wurden, waren rein fachlicher Natur, der IM hat auch nicht festgestellt, daß sie c h das Bewußte Abzeichen trug. Auf die Frage, warum nicht Z e c h von seiner Frau zu dieser Zeit nachts von der Arbeit abgeholt wurde, konnte der IM keine Antwort geben. Das sie dort zusammen gerechnet haben war Zufall, der IM wußte das vorher nicht.

Uley

BSU, Archiv-Nr. AOPK 4567/89, OPK »Preller«, p. 93

ten im Zusammenhang mit dem Symbol seien staatsfeindlich. Ich hätte schlimme Gedanken in das Kollektiv getragen, böse Diskussionen ausgelöst, wovon bereits die Arbeitsleistungen der Abteilung betroffen wären (!).

Der Sicherheitsbeauftragte des INT, G. alias »Meißner«, Hauptamtlicher Führungs-IM, befragte tags darauf den IM »Lenz« nach der »unabhängigen Friedensbewegung«¹². »Lenz« berichtete über die Ansicht einer Mitarbeiterin, daß Zech und Haberlandt zu »dieser Bewegung« im INT gehörten, und daß die Leute mit diesem Abzeichen »Knallköpfe« seien, die so täten, als ob sie den Frieden erfunden hätten. - Auch ein Standpunkt zur Demokratiediskussion.

Am gleichen Tag saß ich mit Dr. W. zusammen, um meine weiteren Arbeitsaufgaben zu besprechen. Mitten hinein brachte die Sekretärin Birgit Mundt ihrem Chef eine Vertrauliche Dienstsache¹³, in der es just um mich ging. So wurde sie mir gleich zur Kenntnis gegeben. Alle Dinge, die mich betrafen, lagen fortan in den Händen des IM »Adam Ries«. Es ging insbesondere um die Dienstreisen und Gespräche mit Dritten, z.B. Mitarbeitern der

12 IMS »Günter Lenz« war 1976 von der MfS-Abt. XVIII der Bezirksverwaltung Berlin zur Bearbeitung des »Apostel« geworben worden [9].

13 Leider wurde sie - laut Dr. W. - 1990 beim Umzug der Abteilung aus Altglienicke in das Hauptwerk durch zwei Mitarbeiter vernichtet.

Fachabteilungen des INT, mit denen ich die fachlichen Verbindungen hielt. Es war eine Totalkontrolle

verhängt worden mit dem Ergebnis, nicht mehr sinnvoll arbeiten zu können. Waren dienstliche Gespräche notwendig, mußte formell mein Abteilungsleiter diese führen, wollte man nicht dauernd schriftlich diese Kontakte beantragen, was dann wiederum als Provokation hätte verstanden werden können. Bei betriebsinternen größeren Besprechungen mußte der durchführende Leiter schriftlich meine unverzichtbare Anwesenheit begründen. Die Arbeitstagungen innerhalb der KdT zum rechnergestützten Schaltkreisentwurf, die ich mehr und mehr auch mitorganisierte, und andere externe Veranstaltungen konnte ich fortan nicht mehr über den Betrieb besuchen. Ich war fachlich »genullt« worden. Und das in einer Phase größter Aktivität und Chancen auf internationale Anerkennung.

Nachmittags suchte ich Dr. Walter Romberg auf. Ich wollte mit ihm die Situation besprechen und seinen Rat hören. Der Mathematiker (Zahlentheoretiker) und spätere Finanzminister der letzten DDR-Regierung war Abteilungsleiter in der Akademie der Wissenschaften und hatte in der Studienabteilung des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR an kirchlichen Vorschlägen zur Abrüstung in Europa gearbeitet.

Romberg empfahl, im Interesse des Friedensinhaltes auch die Friedensform zu wählen und es durch Einlenken den Beteiligten zu ermöglichen, diese Botschaft auch zu hören. Am Abend kamen verschiedene unserer Freunde zusammen, und wir berieten, wie weiter vorzugehen sei. Im Ergebnis dessen rief ich »Ries« privat an und erklärte ihm mein Einlenken, daß ich das Zeichen im Institut fortan nicht mehr tragen werde. Ich erklärte ihm auch meine Gründe. Aber die kamen wohl nicht an. In den Stasi-Berichten steht etwas vom Einfluß der Volks-Polizei. (Ich nahm das Gespräch mit »Ries« auf Tonband auf, löschte es aber später wieder.)

Am nächsten Morgen, freitags, wurde ich sofort zu Dr. S. zitiert. Seine Frage, ob ich wirklich den Aufnäher abzulegen gedenke, war noch nicht beantwortet, als das Telefon klingelte und »Adam Ries« nachfragte, was mit Zech sei. Ich konnte gehen, mußte aber sofort wieder antreten: Unterleutnant Frahm von der Deutschen Volkspolizei, VP-Inspektion Berlin-Treptow, hatte mir nach Anforderung durch H-FIM »Meißner« die Polizeisicht zum Tragen »nichtlizenzierter« Zeichen mitzuteilen. Dr. S. wollte wissen, ob ich auch außerhalb das Zeichen ablegen werde. Ich verweigerte die Antwort als nicht hierhergehörig. Das wurde akzeptiert. Im Bericht des Oberleutnant Kieck vom 7.5. wird diese Frage allerdings VP-Frahm in den Mund gelegt.

Walter Romberg

Mit gleichem Datum meldete Frau Pieplow, stellvertretende SED-Parteisekretärin des INT, an den Sekretär für Wirtschaftspolitik der Kreisleitung der SED in einer »Sonderinformation« über »kirchliche Aktivitäten in den letzten 8 Tagen«, daß der im Zusammenhang mit seiner starken kirchlichen Bindung des öfteren auffällig gewordene Zech jenes Zeichen getragen und dessen Abnahme verweigert hätte.

Dieses Schreiben hatte die SED-Kreisleitung an das MfS weitergegeben. Es informiert mich heute auch über einen weiteren Sachverhalt. Im Laufe der Woche hatte ich Dr. S. listig einen Vorschlag gemacht. Das unqualifizierte Gehetze gegen die kirchlichen Abrüstungsaktivitäten ärgerte mich. Ich wollte denen, die in meiner Abteilung

einigermaßen ernsthaft an derartigem Wissen interessiert waren - das waren nicht wenige -, solide Hintergründe vermitteln lassen, um gleichzeitig das staatlich organisierte Unwissen bloßzustellen.

Jeder Mitarbeiter war in eine »Rotlichtbestrahlung«, eine propagandistische Beeinflussungsmaßnahme, eingebunden. Für Nicht-Parteimitglieder war dies die gewerkschaftliche »Schule der Sozialistischen Arbeit«, wenn sie nicht etwa am »FDJ-Studienjahr« oder ähnlichem teilnahmen. Verantwortlich für diese war Dr. S. Die Teilnehmer konnten durchaus Themen vorschlagen. Also schlug ich S. vor, angesichts der öffentlichen (und nichtöffentlichen) Friedensdebatte einen Mann einzuladen, der an dem in der DDR-Presse hervorgehobenen »Amsterdamer Hearing« vom November 1981 teilgenommen hatte, immerhin also erlaubterweise im Westen war: Dr. Romberg. Da das Kollektiv sehr einverstanden war, versprach Dr. S., sich an Dr. Romberg zu wenden. Als ich lange nichts mehr davon hörte, fragte ich nach und erfuhr von S., daß er noch mit der Kaderabteilung der Akademie in Kontakt sei. »Adam Ries« als Mitglied der APO-Leitung (Abteilungs-Parteiorganisation) hatte sich am 14. Mai 82 stattdessen angeboten, über die anstehenden Fragen im Kollektiv zu sprechen. Dieser Ersatz wurde von den Kollegen abgelehnt.

Aus der erwähnten Pieplow-Information geht nun hervor, daß sich Dr. S. diese Einladung von der SED-Parteileitung absegnen lassen wollte. Frau Pieplow informierte sich daraufhin bei der Kaderabteilung der Akademie der Wissenschaften über Romberg »und wies in dessen Ergebnis Gen. Dr. S (...) an, den Vortrag dieses Kollegen im INT zu vereiteln«.

Die Gespräche mit staatlichen Dienststellen

Am 8. Mai 1982 schrieb ich nicht nur an Bischof Dr. Forck einen Brief mit den bisher angelaufenen Informationen, sondern zwei weitere Eingaben. Die eine war an den Rechtsausschuß der Volkskammer gerichtet mit der Bitte um Klärung der beiden Fragen, ob die kirchlichen Friedensaktivitäten »staatsfeindlich« und ob die Träger des Aufnäher als Staatsfeinde einstuftbar seien. Von einer möglichen Reaktion erhoffte ich eine argumentative Unterstützung. Natürlich erhielt ich keine Antwort auf meine Fragen, sondern man teilte mir am 21.5. mit, daß mein Schreiben an den Staatssekretär für Kirchenfragen gegangen sei. Von dort erhielt ich Mitte Juni eine Einladung von Dr. Dohle, Büroleiter des Staatssekretärs, zu einem Gespräch. In meiner zweiten Eingabe an den Staatssekretär schilderte ich kurz die Situation im INT und stellte die gleichen Fragen wie an die Volkskammer. Dr. Wilke als Abteilungsleiter im Staatssekretariat antwortete mir mit einem Verweis auf die nächsttiefere Hierarchie-Ebene, den Magistrat von Berlin. So hatte ich zwei Gespräche zu führen.

Ich besuchte am 14. Juni um 15.00 Uhr den Stellvertreter Inneres für Kirchenfragen beim Magistrat, Dr. Mußler. Mit dabei war mein langjähriger und treuer Rechtsbeistand Jürgen Helmschmied, wie ich Mitglied des Gemeindegemeinderates der Eliasgemeinde und der Kreissynode Berlin Stadt III. Der Chef von Mußler, Hoffmann, blaffte uns an, weil ich nicht allein kam. Mußler nahm das gelassener. Ich hatte zwar in der Eingabe auf die hysterische Situation im INT hingewiesen, drückte aber Mußler gegenüber aus, daß ich mich darüber nicht bei ihm beschweren wolle. Er gab mir den unnützen Rat, eine inner-

betriebliche Klärung durch die Gewerkschaft herbeizuführen.

Zu den Fragen an sich gab Mußler die üblichen Ja-Aber-Erklärungen ab. Die Friedensarbeit der Kirchen sei natürlich nicht staatsfeindlich, aber es gäbe in unterschiedlichen Gruppen unterschiedliche Vorstellungen, die nicht alle akzeptabel seien, und nannte besonders Eppelmann. Die Kirche müsse ihre eigenen negativen Kräfte zurückpfeifen, z.B. solche wie das Jungmännerwerk, das junge Menschen über das DDR-Bausoldatengesetz informiere. Zur Frage nach dem Aufnäher verzichtete er auf eine juristische Begründung (»Sie werden ja die Ausarbeitung von Herrn Stolpe kennen«) und hob auf den Mißbrauch und die bösen Westmedien ab, die stets von einer »unabhängigen« Friedensbewegung im Osten sprächen. Subjektive Ehrlichkeit wollte er nicht infrage stellen.

Am 5. Juli 1982 machte ich mich mit Jürgen Helmschmied morgens auf den Weg zu Dr. Dohle in das Staatssekretariat für Kirchenfragen in der Grotewohlstraße. In dem demonstrativ locker geführten Gespräch bedauerte dieser den »Scherbenhaufen«, der politisch durch die Auseinandersetzung um das Symbol entstanden sei. Wir fühlten uns fast verstanden und gestärkt, aber meine Begegnung am Nachmittag mit Fachdirektor »Adam Ries« brachte mich wieder auf den realsozialistischen Boden herab.

Gespräch mit Dr. Forck und Stolpe

Eines Tages rief mich Bischof Dr. Forck an und fragte, ob ich Hilfe brauche. Pfarrer Rudi Pahnke hatte ihm einiges berichtet, außerdem hatte er ja meine Informationen erhalten. Ich verneinte seine Frage, weil ich der Meinung war (und bin), daß man als Christ auch Lasten tragen lernen muß, und diese Last war zwar bedrohlich, aber anscheinend noch nicht gefährlich¹⁴. Mit Hilfe der Kirche wollte ich denn doch nicht eine Auseinandersetzung auf Firnenebene austragen. Er bat mich, trotzdem einmal zu ihm zu kommen, um über die Ereignisse zu berichten. Ich sagte zu und besuchte ihn am 27. 5. 82 um 9 Uhr in seinem Büro in der Weißenseer Parkstraße. Manfred Stolpe war nach einer Sitzung geblieben, um an diesem Gespräch teilzunehmen. Wir sprachen eine Stunde miteinander. Da ich wußte, daß Stolpe mit staatlichen Stellen Kontakt hat, versuchte ich als mögliche Sichtweise zu vermitteln, daß in meiner Firma Leiter am Werk sind, die durch eigenmächtigen Übereifer kontraproduktive Unruhe schaffen und dabei sogar die Leute gegen die gesellschaftlichen Bedingungen der DDR aufbringen, ob gewollt oder nicht. Irgendwann kam ein Telefoninstallateur und bastelte an der Anlage im Zimmer herum. Dr. Forck schob mich sanft hinaus und deutete mir, nicht weiter zu erzählen. Den Rest besprachen wir im Flur. Stolpe bekräftigte sein Interesse, von der Basis Informationen zu erhalten, um in seinen Verhandlungen aussagefähig zu sein. Ob es eine Rückkopplung zum INT gab, ist eher unwahrscheinlich.

Versuch zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit

In den folgenden Wochen spürte ich die Auswirkungen der vertraulichen Weisung von »Adam Ries«. Gespräche

mit den Kollegen der Testabteilung TV4 waren häufig zu führen. Sie jedesmal genehmigen zu lassen wäre höchst albern gewesen. So versuchten wir, die fachlichen Dinge telefonisch zu klären. Bei den übrigen Fällen übernahm mein kommissarischer Abteilungsleiter Dr. G. W. das »offizielle« Gespräch und ich das fachliche. Diese Umstände sprachen sich natürlich im Hause herum und erregten Unmut und Solidaritätsbekundungen der Kollegen, freundliche Bemerkungen und Augenzwinkern auch von mir ansonsten fremden Mitarbeitern. Aber irgendwann hielt ich es nicht mehr aus und meldete mich zu einem klärenden Gespräch bei »Ries« an. Ich wollte ihm die betrieblichen und persönlichen Konsequenzen seiner Maßnahmen vor Augen führen und möglichst ihre Zurücknahme erreichen, zumal ich seinen Forderungen entsprochen hatte.

Die Gelegenheit dazu erhielt ich am 5.7.1982. Ich wurde für 15.30 Uhr bestellt und 20 Minuten später vorgelassen. Ich versuchte, über die nachhaltige Wirkung der Atmosphäre des Mißtrauens zu sprechen, insbesondere bei der Erfüllung meiner fachlichen Planaufgaben. Ich erzählte ihm, daß auch ich im Ehrenamt Personalverantwortung zu tragen hätte¹⁵, dort bei Konflikten aber ein ganz anderer Stil gepflegt werde.

Als ich ihm berichtete, daß ich am Vormittag mit Dr. Dohle ein recht konstruktives Gespräch über diese Angelegenheit hatte führen können, wurde »Ries« wütend. Wer mir denn erlaubt hätte, während der Dienstzeit eine Regierungsstelle aufzusuchen. Ich hatte einige Ausgleichsstunden genommen und dafür den üblichen Passierschein vom Abteilungsleiter erhalten. Das wertete er aber als Fakt, der ihn mißtrauisch machen müsse. Den Namen Dr. Dohle schrieb er sich auf.

»Ries« ging auf Inhalte nicht ein. Ich wäre seiner Aufforderung nicht sofort nachgekommen. Nun müsse meine Reaktion weiter geprüft und ich einige Zeit beobachtet werden. Es sollte mir nicht ermöglicht werden, außerhalb etwa zu predigen. Die Basis für Dienstreisen usw. sei nicht mehr gegeben. Geprüft werden müsse, wo ich ohne Gefahr hingeschickt werden könne und wo nicht. Meine Frau würde sich doch sicher freuen, wenn ich mehr zuhause sei.

Ich sprach noch einmal den Fall des Lehrlings Ilona Walter an, die im letzten Moment von der Liste der Ferienhelfer unter Lügen gestrichen worden war. »Ries« meinte, daß angesichts der Trennung von Kirche und Staat ihre Beteiligung den Eltern nicht hätte zugemutet werden können.

Ich wollte noch einiges mehr zur Sprache bringen, aber er öffnete einfach die Tür, vor der die Genossen der SED-Parteilgruppe auf ihre Montags-Sitzung warteten. Damit war mein Vorstoß beendet.

Umregistrierung beim MfS

Das Institut für Nachrichtentechnik war auf seinem Fachgebiet gezwungen, sich unter den gegebenen DDR-Bedingungen dem »Weltniveau« zu nähern. Das ging nur, wenn man sich zunehmend auf die Mikroelektronik und hier speziell die Digitaltechnik besann. Aber alles, was in der DDR High-Tech und somit bedeutsam für den Export war, unterlag einer extremen Geheimnisschutz-Hysterie. Das lag natürlich nicht an der Gefahr der West-

14 Christen wird im Neuen Testament zwar Freude, aber kein unangefochtenes, beschauliches Leben zugesprochen; was aber eine besondere Solidarität unter »Glaubensgeschwistern« voraussetzt.

15 im Kirchgemeinderat

spionage, sondern am Rückstand des Ostens, der vertuscht und durch teilweise geheime und illegale Westimporte ausgeglichen werden sollte. Das zeigte sich bereits bei der Diskussion um die Beschaffung westlicher Rechentechnik um 1970, bei der die Beziehungen zur US-Firma IBM ebenso »operativ gesichert« werden mußten wie das Personal, das im INT damit umzugehen haben würde. Zu diesem Zweck wurde im August 1970 »Adam Ries« u.a. für die Aufgabe geworben, über die Personen des Rechenzentrums zu berichten [9].

Als die technologische Lücke immer deutlicher und der Druck, aus Stroh Gold zu spinnen, immer größer wurde, wurde das INT aufgewertet. Ab 1980 stand es nicht mehr in der Verantwortung der Bezirksverwaltung Berlin des MfS, sondern der Hauptabteilung XVIII des Ministeriums.

Da ich noch bei der Bezirksverwaltung Berlin erfaßt war und nun durch »Schwerter zu Pflugscharen« erneut »operativ anfiel«, bat die Abt. XVIII dieser BV die Hauptabteilung als die »zuständige Dienstseinheit« mit Schreiben vom 17. Mai 1982 darum, mich zu »übernehmen«. Beigefügt waren verschiedene meiner Eingaben sowie beschlagnahmte Briefe, die nicht erhalten sind. Eine Karriere nach »oben«!

In der HA XVIII/8/1 legte Oberleutnant Rainer Kieck am 5.7. einen Maßnahmenplan fest, der durch seinen Vorgesetzten bestätigt wurde. Das war just an dem Tag, als ich »Adam Ries« um gut Wetter ersuchte. Lutz Winkler als Führungsoffizier von »Ries« und diesem unter Klarnamen bekannt, war gemäß Punkt 2 verantwortlich für die »Kontrolle der Dienstreisen des Z. in andere Kombinationenbetriebe durch IMS 'Adam Ries'«. War die Aktion des Adam Ries ein eifriger Vorgriff auf diesen Plan oder kam die Idee gar von ihm selbst? Seine »Maßnahmen« gingen ja weit über Kiecks Plan hinaus¹⁶. Oberleutnant Kieck hatte bis zum 16. Juli eine »Kontaktierung des HAltr. SO«, also Dr. S., zu realisieren. Dazu sollten »weitere Personen der Abt. SO3 zur Kontaktierung« aufgeklärt werden.

Eine Visitenkarte

Im Juni malte ich auf Transparentpapier das Schwerter-zu-Pflugscharen-Symbol, so wie es auf den Aufhängern zu sehen war. Kreisförmig herum legte ich den Schriftzug »We shall beat our swords into ploughshares«, also die englische Fassung der bekämpften Abrüstungsvision »Wir werden unsere Schwerter in Pflugscharen umschmieden«¹⁷. In der Druckerei des SED-Organs »Neues Deutschland«, die auch Kunden aus der Bevölkerung mit Dienstleistungen zu versorgen hatte, ließ ich mehrere Klischees anfertigen. Das gelang anstandslos. Mit diesen fertigte die Druckerei, bei der ich auch immer meine Literaturbestellkarten in Auftrag gab, eine Visitenkarte. Für meinen Pfarrer Rudi Pahnke, dessen Geburtstag bevorstand, ließ ich ebenfalls Visitenkarten und Briefpapier mit entsprechendem Kopf drucken, was bei der Übergabe be-

sonders auch wegen der ND-Beteiligung ein schallendes Hallo auslöste.

Die Drucker hatten von jedem privaten Kleinauftrag zwei Exemplare im Nachhinein bei den Behörden abzuliefern. Irgendwann hatte man diese Vereinfachung der Kontrolle eingeführt, weil Genehmigungsverfahren vor dem Druck die Gesellschaft wohl noch mehr lahm gelegt hätte. Einige Zeit nach meinem Auftrag erzählte mir mein Drucker, daß alle Druckereien das Verbot erhalten hätten, das Symbol noch in irgendeiner Form zu verwenden.

Bei meinen umfangreichen Bestellungen von wissenschaftlichen Fachberichten war ich bestrebt, den angeschriebenen Autoren oder Bibliothekaren aus den USA, Japan, Frankreich, England oder der Bundesrepublik eine Freundlichkeit zukommen zu lassen, denn bezahlen konnte ich natürlich nichts. Gewöhnlich beklebte ich die Bestellkarten bunt und üppig mit Briefmarken, an deren Vielfalt es in der DDR ja nicht mangelte. Lag das Fachgebiet in der

140V - April
106 Berlin, den 3.02.83 124
150
P. 24.7
9.

Bezirksverwaltung Berlin
-Postzollamt-

BSIU
000139

Information für den VO

Am 02.02.83 wurden uns von der Deutschen Post 14 Ausfuhr-großsendungen zur Kontrolle vorgeführt, welche an 14 verschiedene Institutionen mit Namensnennung in den USA, Großbritannien und der BRD gerichtet sind.

Als Absender tritt immer in Erscheinung:
Dr. Karl-Adolf Zech
1058 Berlin
Schliemannstr. 63

Jede Sendung enthält 1 Auszug aus der Zeitschrift "Journal of Information Processing in Cybernetics" welche im Akademie Verlag erschienen ist sowie eine Visitenkarte von Karl-Adolf Zech welche eine aufgedruckte Abklung des Emblems "Schwerter zu Pflugscharen" in englischer Sprache beschriftet enthält. Die Übersetzung lautet: "Wir werden unsere Schwerter zu Pflugscharen schmieden".

Die Aufklärung zur Person ergab, daß es sich bei dem Absender Karl-Adolf Zech, geboren am 29.3.1947, um einen Diplom-Ingenieur handelt, der als technisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für Nachrichtentechnik, 116 Berlin, Edisonstr. 63 tätig ist.

Die Ehefrau, Zech, Liebgard, geboren am 21.7.1946 ist von Beruf Psychologin und im Kinderheim Siloah, 111 Berlin, Grabbeallee 2-12 tätig.

Zum Sachverhalt wurde eine Sofortmeldung Nr. 07-45-01-83 abgesetzt. Die Sendungen wurden mit der PZF abgestimmt. Es wurde eine formlose Entnahme der Visitenkarten empfohlen.

[Signature]
Oberpostassessor
Leiter d. Postzollamtes

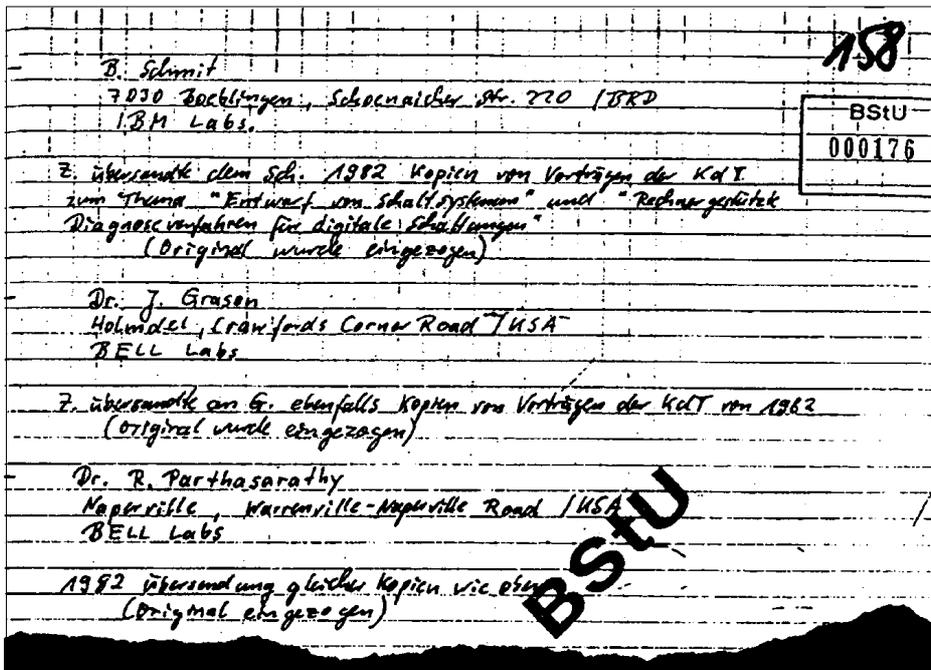
BStU, Archiv-Nr. AOPK 4567/89, OPK »Preller«, p. 139

Nähe meiner eigenen Arbeiten, so schickte ich eigene Sonderdrucke mit. Ich achtete darauf, daß alle Sendungen per »Drucksache«, also offen und kontrollierbar, weggingen.

Mit der abrüstungsorientierten Visitenkarte konnte ich auf eine weitere Weise eine systemübergreifende

¹⁶ »Ries« erklärte in einem Gespräch im Mai 1995, daß er diese Maßnahmen völlig aus eigenem Antrieb ergriffen hätte.

¹⁷ bei Micha 4 im Alten Testament steht eigentlich »Sie werden ...«.



Verhinderter Fachaustausch. - BSTU, Archiv-Nr. AOPK 4567/89, OPK »Preller«, p. 176

Freundlichkeit ausdrücken. Gleichzeitig glaubte ich, daß die Stasi-Kontrolleure vielleicht pffiffig sind und das Ausrufen von Abrüstungswillen in Richtung NATO durch die Bevölkerung eines sozialistischen Staates als willkommene Propaganda durchließen, denn es wurden damit ja nicht *innere* Feinde ermuntert. Diesen Test haben die Genossen jedoch nicht bestanden: Am 3.2.83 meldet die Postkontrolle 14 Fälle von Sendungen mit dieser Karte an die Abteilung XVIII und »empfiehlt« die »formlose Entnahme der Visitenkarten«!

Doch nicht nur Visitenkarten wurden entfernt. Offensichtlich als Verdichtung der laufenden Meldungen der Postüberwachung listet in einer Informationssammlung ein Offizier unter dem Punkt »vermutliche wissenschaftliche Verbindungen des Z. ins NSW« eine Reihe meiner fachlichen Kontakte zu Universitäten in der BRD, den USA und Schweden auf. Dort ist detailliert dargelegt, an wen ich »Kopien von Vorträgen der KdT« »zum Thema 'Entwurf von Schaltsystemen' und 'Rechnergestützte Diagnoseverfahren für digitale Schaltungen'« übersandt hätte. Und darunter jeweils in Klammern: »Original wurde eingezogen«. An anderer Stelle liest man dagegen als »nicht überprüfte Inf.«: »Beschaffung und Verwendung umfangreicher u. teurer NSW-Fachlit. evtl auch techn. Arbeitsmitteln, aus nicht näher bekannten Quellen. (Verdacht fachlich relevanter Kontakte u. Verbindungen)«¹⁸. Hätten die nicht im Auftrag der Abteilung »Sicherung der Volkswirtschaft« meine Bemühungen eingeschränkt, den westlichen Kollegen zu zeigen, daß man ein interessierter

»systematischer Diskreditierung des öffentlichen Rufes« und dergleichen die »systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge«. 1977 hatte »Ries« den Auftrag bekommen, mich zu zersetzen. Mittel sollte die Erhöhung des Arbeitspensums derart sein, daß »er sichtbar reagiert bzw. zu einer Reaktion veranlaßt wird (Auflehnung, negatives Auftreten usw.)«. »Ries« wehrte das unter Hinweis auf die Gefährdung der Leistungen des Arbeitskollektivs ab. Doch diesmal war es anders. Eine konkrete Zersetzungsanforderung konnte ich allerdings bis auf den Auftrag zur Kontrolle der Dienstreisen (s.o.) in den Unterlagen nicht finden. »Ries« war übereifrig.

Die ersten 80er Jahre waren fachlich sehr produktiv für mich. 1982 konnte ich in meiner Freizeit mit Hilfe der Automatentheorie und einer mir durch die privat beschafften Fachberichte bekannt gewordenen neuen Methode des Entwurfs bzw. der Architektur höchstintegrierter Schaltkreise, den »systolischen Strukturen«, ein Verfahren zum Prüfen der geometrischen Grundlagen (Layout) neuer Schaltkreise entwickeln, bei dem schnelle Hardware eine wesentliche Rolle spielt. Diese Methode hätte möglicherweise die langen Bearbeitungszeiten durch Software von Tagen auf Sekunden verkürzen können.

Mit »Neuerervorschlägen« hatte ich in den Jahren zuvor gute Erfahrungen gemacht. Ich verschickte also die Idee an verschiedene DDR-Firmen, die sich mit der Entwicklung von Schaltkreisen beschäftigten. Gleichzeitig arbeitete ich zusammen mit dem INT-Patentingenieur Zech, meinem Namensvetter, zwei Patentanmeldungen aus. Auf diese Weise trug ich dazu bei, das ständig steigende Plansoll des INT an anzumeldenden Patenten zu erfüllen.

Das ZfTM Dresden²⁰ lud mich daraufhin ein, in einem Seminar die Methode zu erläutern. In das Tagesprogramm dieser Firma konnte sie natür-

18 Derartige Literatur, also häufig durchaus offene Fachberichte, Dissertationen usw. von Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen, wurde durch die Stasi »inoffiziell« beschafft und als »geheim« eingestuft mit der Folge, daß nur Leute aus ihren Diensten zur »Auswertung« herangezogen werden konnten, was faktisch zur fachlich-ökonomischen Unwirksamkeit dieser Unterlagen führte. »Adam Ries« war ein solcher Gutachter. In Wirklichkeit hätte jede Person, auch jede DDR-Fachbibliothek, solche Schriften erhalten können, im allgemeinen sogar kostenlos. Diese Möglichkeit wurde aber aus sicherheitsbürokratischen Gründen kaum genutzt. Andere Bücher beschaffte ich mir auf eine DDR-übliche Weise: Durch Besprechen des Werkes in einer Fachzeitschrift.

19 Inzwischen habe ich Antrag auf Akteneinsicht bei den US-Diensten CIA und NSA gestellt. Es gab Anzeichen dafür, daß die Amerikaner meine Materialbeschaffung beargwöhnten, verständlicherweise. Es kamen auch beängstigende Dinge vor. So erhielt ich einen Begutachtungsauftrag von der NATO-Universität Brüssel; oder eine US-Arbeit einer NAVY-Einrichtung, auf deren Deckel stand, daß sie dem Waffenhandelsgesetz unterliege und Weitergabe an Ausländer zwei Jahre Gefängnis bedeute. Das alles scheint das MfS nicht mitbekommen zu haben.

20 ZfTM: Zentrum für Forschung und Technologie Mikroelektronik in Dresden

lich noch nicht kommen, aber in die prognostische Arbeit sollte sie übernommen werden. Das erfuhr ich über Dr. Garte vom ZfTM. Die offizielle Einladung lief über das INT, wurde mir jedoch vorenthalten.

Als während einer »Schule der Sozialistischen Arbeit« Dr. S. als »Lehrer« dieser Schule wieder einmal an die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter appellierte²¹, brachte ich den Skandal zur Sprache. Er begründete die Verweigerung einer Dienstreise zum ZfTM mit der Behauptung, ich würde dort nur die Leute von der Arbeit abhalten. Im Verlaufe des ziemlich zweiseitig geführten Schlagabtausches kam er angesichts seines Themas immer mehr in Argumentationsnot. Nun zeigte sich, daß das Kollektiv eben nicht ausreichend konfliktfähig war. In diesem Moment versuchten einige Kolleginnen, die Debatte zu beenden; vielleicht waren Verlautbarungen ex cathedra leichter zu ertragen als die Aufdeckung vor Augen liegender, haut-naher Widersprüche. Dr. S. nahm erleichtert zur Kenntnis, daß ich dem nachgab und nicht weiter bohrte.

Später forderte Patentingenieur Zech von Dr. S. eine fachliche Einschätzung der Methode an. Als Hinweis auf ihre internationale Relevanz war eine spätere Veröffentlichung zweier Computerwissenschaftler der Universität Minnesota/USA beigelegt, die den Anspruch erhoben, als erste eine derartige Methode entwickelt zu haben. Eine Antwort blieb er schuldig. Wahrscheinlich hatte er das Material gar nicht gelesen. Nach mehreren Mahnungen teilte er lediglich mit, daß die Erfindung im INT nicht genutzt werde. Diese Antwort kam 1987!

Die Methode veröffentlichte ich in der vom Ost-Berliner Akademieverlag herausgegebenen Zeitschrift »Elektronische Informationsverarbeitung und Kybernetik« in englischer Sprache. Unter »Acknowledgements« bedankte ich mich bei meiner Frau und meinem Freund Werner Klarkowski. Da ich »Adam Ries« keinen Anlaß bieten wollte, mich wegen unerlaubten Rechnerersatzes abzustrafen, hatte ich die Strukturen mit Werners Hilfe im Rechenzentrum der Humboldt-Universität simuliert.

Ich bedankte mich aber auch bei - »Adam Ries«. Genauer: ich »erwähnte« ihn (notwendigerweise zweideutig) als einen, der meine »Motivation gespeist«, dessen »wohlgedachte Führung« eine »einzigartige Arbeitsatmosphäre« erzeugt und der die Produktivität meiner Arbeit »sehr beeinflußt« hätte.

Als die Arbeit erschien, war ich schon nicht mehr INT-Mitarbeiter. Aber das Gelächter unter den Kollegen konnte ich hören.

Die Kündigung

Irgendwann wurde mir klar, daß ich mein Leben nicht damit zubringen wollte, um die Gnade der Leistungsannahme zu winseln. Ich war in einer sehr kreativen Lebensphase, fühlte mich leistungsfähig und wollte eigentlich für das Geld, das ich verdiente, auch etwas bieten.

Es galt also, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Ich bewarb mich im Institut für Informatik und Rechentechnik der Akademie, auch im Kybernetikinstitut. Natürlich wurde ich nach positiver Vorstellung bei den fachlich Ver-

antwortlichen schließlich abgelehnt, denn diese Einrichtungen ließen nur VVS-verpflichtbare Mitarbeiter zu²². Diese Verpflichtbarkeit wurde durch eine MfS-Dienststelle geprüft. Einen Ablehnungsgrund nannte man natürlich nie, lediglich solche mit Hinweisen auf die Planstellensituation o.ä.

Ich mußte erkennen, daß Forschung und Entwicklung im Umfeld der aktuellen internationalen Fachdiskussion für mich in diesem Land passé ist. Raus mußte ich aber aus dem INT, soviel war klar. blieb also nur eine Bewerbung für einen Produktionsbetrieb, der irgendwie Computer einsetzt und/oder Digitaltechnik entwickelt. Nach mehreren Versuchen landete ich dann im Werk für Signal- und Sicherheitstechnik, in einer Abteilung, die an einem Rechnerstellwerk für die Bahn arbeitete. War ich im INT lange der Junior der Abteilung gewesen, so war ich hier fast der Opa.

Doch zunächst war die Kündigung zu formulieren. Angestrebt wurde zwar immer ein Aufhebungsvertrag, also eine einvernehmliche Lösung. Den Anschein eines Einvernehmens aber wollte ich vermeiden, und so reichte ich am 11. April 1983 meine Kündigung ein.

Da die Kündigungsfrist einen Monat betrug, war mein letzter INT-Tag der 11. Mai. Einerseits wollte ich im Kündigungsschreiben ein wenig auf die unmögliche Situation im INT hinweisen, andererseits gelangte dieses Schreiben in die Kaderakten und konnte mir später Schaden zufügen. Ich drückte also aus, daß meine Leistung nicht genügend anerkannt worden sei, was aus meinen relativ geringen Bezügen ersichtlich werde, meinte natürlich, daß das Institut de facto durch die Leitungsmaßnahmen bewies, daß es auf meine Mitarbeit praktisch keinen Wert legte²³. Außerdem zitierte ich die Ausführungen meiner Leiter während der ewigen Diskussionen ums knappe Geld, daß unser ORZ²⁴-Bereich im INT einerseits und das INT im Kombinat andererseits geringgeachtet bzw. hintangestellt worden sei. Zum Schluß drückte ich meine Erwartung aus, daß woanders fachliches Engagement mehr geachtet werde.

Zuspruch bei Luther in Eisenach

1983 war das Lutherjahr, das mit allem Pomp in der DDR begangen wurde. Der Gemeindegemeinderat meiner Eliasgemeinde Berlin hatte für das Wochenende 21.-25. April eine Rüstzeit in Eisenach geplant, bei dem auch eine stattliche Anzahl von Presbytern der Partnergemeinde Iserlohn teilnahm. Die Stadt Eisenach glich einer Festung, da sich Honecker angesagt hatte. Unser Zug stand daher die ganze Nacht in der Nähe von Leipzig, und als wir uns am Morgen fahrplanmäßig in Eisenach wählten, standen wir noch dort.

Die Kirchenältesten aus Berlin kannten mein Problem. Im Zusammenhang mit einer Bibelbetrachtung, der Analyse von Luthertexten und in Abendgesprächen diskutierten wir darüber. Es ging um Feindesliebe, und wir stellten fest, daß es bei Jesus nicht heißt: »Habt keine

21 Thema: »Der Kampf um die Verwirklichung der ökonomischen Strategie bestimmt den Inhalt des Wettbewerbs«

22 VVS: Vertrauliche Verschlusssache; eine VVS-Berechtigung bzw. -Verpflichtung wurde mehr und mehr dort verlangt, wo Computer eingesetzt wurden. Sie beinhaltete praktisch eine Kontaktsperre zu westlichen Bürgern.

23 Man versuchte, die Kündigung unzutreffenderweise auf meine finanzielle Unzufriedenheit zurückzuführen, die von »Ries« als unangemessen zurückgewiesen wurde. Dabei hatte dieser 1977 bei einem Treff dem Stasi-Offizier erklärt: »Dr. Z. ist heute trotz seines akademischen Grades und seiner guten Arbeitsleistungen der schlechtestbezahlteste Doktor des INT« - was auch noch 1983 galt.

24 ORZ: Organisations- und Rechenzentrum

Feinde«, sondern: »Liebt eure Feinde«. Auch die westdeutschen Freunde machten mir Mut, meine Situation anzunehmen und zu sagen, was zu sagen ist.

Weitere organisierte Mißerfolge

In den Veröffentlichungsplan für 1983 war mein Vorschlag aufgenommen worden, eine zweibändige Darstellung der Prüf- und Diagnostiktheorie für Digitalschaltungen in den »INT-Mitteilungen« zu publizieren. In der DDR und anscheinend im ganzen deutschsprachigen Raum gab es keine geschlossene Darstellung dieses Fachgebietes. Der Plan war verbindlich, und »Adam Ries« achtete bei nicht-erfüllten Planpunkten im allgemeinen sehr darauf, daß wenigstens eine Ersatzleistung erbracht wurde. Ich benötigte noch die Bestätigung meines Konzeptes von der INT-Presseabteilung, und dann konnte es losgehen. Meine Kündigung erfolgte ja mitten im Monat, und ich hatte nicht vor, ohne schöpferische Pause die neue Arbeit anzutreten.

Umso erstaunter war ich, als es plötzlich hieß, daß das Projekt gestrichen sei. Ich rief »Adam Ries« an. Er erklärte mir, daß es Prinzip der Buchreihe sei, nur INT-Autoren zu Wort kommen zu lassen und daß außerdem Papier zu sparen sei. Ich korrigierte ihn mit Verweis auf die Selbstdarstellung dieser Publikationen, in der es hieß, sie sei besonders für *Leser* aus dem INT gedacht. Das half nichts. Als ich ihn fragte, wer denn nun das Buch schreiben solle, für das es mehrfach geäußerten Bedarf gab, murmelte er, das solle doch »der Muth« machen²⁵. Muth war Leiter der prüftechnischen Abteilung und wies ein derartiges Ansinnen zurück.

Wochen darauf rief mich der spätere Institutsdirektor Bogk an und fragte, ob ich noch bereit wäre, dieses Buch zu schreiben. Ich war es nicht.

Für die durch mich mitorganisierte Tagung des KdT-Fachausschusses, in dessen Vorstand ich mitwirkte, erhielt ich natürlich keine Dienstreisemöglichkeit. Ich probierte es über eine unbezahlte Freistellung, was durch Dr. S. abgelehnt wurde. Professor Klaus Bernstein, auch Vorstandsmitglied, versuchte, beim Institutsdirektor zu intervenieren. Ausgerechnet »Adam Ries« nahm das Telefongespräch als Stellvertreter entgegen - meine Teilnahme war nicht möglich.

Das letzte Kadergespräch mit »Ries«

Die letzten Tage als Mitarbeiter meiner ersten Arbeitsstelle waren gekommen. Streng geregelt waren die Modalitäten bei einem Betriebswechsel. Kündigte jemand, so war mit ihm ein »Kadergespräch« zu führen mit dem Ziel, ihn zu erhalten oder wenigstens die Kündigungsgründe herauszufinden, um sie ggf. auswerten zu können. Der letzte zugelassene Zeitpunkt für diese Runde war 14 Tage vor der Kündigungstermin. Ich wartete vergeblich. Gemeinsam mit Gewerkschaftlern forderte ich bei »Ries«, der ja aufgrund seiner vertraulichen Weisung in meinem Fall dafür zuständig war, dieses Gespräch ein und erhielt eine Gelegenheit am 16.5.1983, einem Montag, um 7.00 Uhr, als ich bereits einige Tage ein »freier« Mann war.

Als Vertreterin der »Abteilungsgewerkschaftsleitung« war Frau Tsch. zugegen. Ein Einwand kam von ihr nicht, sie schwieg. »Adam Ries« erklärte gleich zu Beginn, daß meine Äußerungen im Kündigungsschreiben über die Rolle des INT im Kombinat und in der Volkswirtschaft eine Anmaßung seien und ich den Überblick nicht hätte, solches auszusagen. Zur Erwähnung der offensichtlichen Geringschätzung meiner Mitarbeit merkte er ironisch an, daß niemand mir meine persönliche Meinung nehmen könne. Ich erläuterte ihm das Schreiben, auch anhand von Beispielen. Die planmäßigen Behinderungen deutete ich als Geringschätzung. »Ries« verlas dann seine Erklärung zu meiner Kündigung. Ich hätte die Hausordnung verletzt, die erzieherische Maßnahmen notwendig gemacht hätten. Meine Westkontakte hätten ohnehin bald zu Problemen geführt, und er stimme meiner Kündigung vorbehaltlos zu. Ich verlangte daraufhin die Streichung des Wortes »erzieherisch«, was er sofort vollzog.

Daraufhin ging ich noch einmal auf seine vergangenen Maßnahmen ein, indem ich einen Widerspruch postulierte zwischen den partei- und regierungsoffiziellen Positionen und der Haltung von »Ries«. Er verdrehte das, indem er mir vorwarf, ich hätte nicht das Recht, als Beurteiler von Partei- und Regierungspolitik aufzutreten. Er würde ja auch nicht Bischöfe beurteilen. - Was für eine Weltsicht!

Jeder fertigte anschließend eine Aktennotiz an. Ich hatte Sorge, daß Ries' Miß-Interpretationen für dauernd meine Kaderakte belasten könnten, und fertigte eine Stellungnahme an, die ich aber dann nicht mehr nachreichte, weil ich endlich damit abschließen und vorwärts blicken wollte.

Im Werk für Signal- und Sicherheitstechnik Berlin

Die unbezahlte Pause seit dem 12. Mai verbrachte ich mit der Beschaffung neuer Fenster und deren Einbau sowie anderen sinnvollen Tätigkeiten in der Wohnung. Mein erster Arbeitstag im VEB WSSB war am ersten Juli 1983. Ich kam in ein sehr junges Team, dessen Leitung aus zwei Männern bestand, die sich die Arbeit teilten. Den einen, Uwe Krekow, kannte ich aus Zeiten der Studentengemeinde, der andere war ein freundlicher, den Menschen zugewandter SED-Genosse, der in den folgenden Jahren die Abteilung von den »beliebten« politischen Störungen von oben einigermaßen abschirmte. Arbeitsort war Berlin-Lichtenberg, in einem der Betriebsteile. Das Hauptwerk befand sich in Berlin-Treptow direkt an der Mauer und war nur mit Sonderausweis zu betreten, den man jedoch normalerweise bekam.

Das MfS, nunmehr in Gestalt der Kreisdienststelle Treptow, zeigte sich überrascht von meinem Betriebswechsel. Sie unterstellten, daß der Bruder von Uwe Krekow, der als »feindlich-negativ« bearbeitet wurde, mich im WSSB untergebracht hätte. Das war Unsinn. Ich kann mich nicht erinnern, ihn näher zu kennen. Ein IM der Abteilung XX mit dem phantasievollen Decknamen »Signal« verließ zwar bereits Mitte 1983 (!) das WSSB, lieferte aber eine Persönlichkeitseinschätzung von mir²⁶.

Darin wurde herausgearbeitet, daß »Z. zu Inspiratoren der PUT zählt und zum harten Kern der Pseudopazifisten zu zählen ist.«²⁷. Der amtierende

25 Hätte dieser nicht auch Papier verbraucht?

26 Möglicherweise ist die Jahreszahl 1983 schlampiger Stasi-Buchführung zu verdanken.

27 PUT: Politische Untergrundtätigkeit; so steht es im Einleitungsbericht zur OPK »Preller« vom März 1989. In einer »Rückantwort zur Fahndungsinformation« der Abt. XX an die Kreisdienststelle Treptow vom Dezember 1984 steht dagegen nur »... hat Kontakte zu Inspiratoren der PUT und zählt zum harten Kern der Pseudopazifisten«. Ein konsequenter Pazifist bin ich allerdings nicht gewesen.

Im Kopf "Fischerdorf"

153

Zech, Kurt-Adolf

Auf die OPK T. 15. 8. 89
Kurt. Oltm. Thasche

Nach R. OPK
im Plan 1985

10 op. Ausgangsinformationen

Offe 17. 8. 89

- 1976 bis 1978 OPK "Apostel", 1978 bis 1980 OV "Apostel"

BSIU

000171

Z. trat 1976 im Zusammenhang mit der Selbstverbrennung des Pfarrers
Bräsewitz aus Zätz operativ in Erscheinung. Z. sowie seine Ehefrau
gehörten zum Umgangskreis des Pfarrers Bräsewitz. Nach dessen Tod
hatte Z. sich für die Veröffentlichung der Selbstverbrennung
in dem er an ehemalige Mitglieder einer Studentenkomitee, der er
angehörte, Bilder, Stellungnahmen der Kirche und eigene Kommentare
überreichte.

1978 fiel Z. erneut durch die Verwendung eines "König-Literaris" mit
staatsfeindlichem Inhalt an. Durch vorsätzliche Fälschung konnte
das offizielle Beweismaterial nicht zur Einleitung eines prozessualen
Maßnahmen geerdet werden. Operativ interessant ist im Zusammenhang
ist, daß in dem "König-Literaris" sogenannte "Königliche Verhaltenslinien"
für "aufrechte Menschen" enthalten sind, an die sich Z. soweit bekannt,
gehalten hat.

Die bekanntgewordene intensive Verbindung des Z. zum Pfarrer Michel aus Zätz,
der die Betreuung der Bräsewitz-Witwe übernommen hatte, konnte im
Rahmen der OV-Bearbeitung unterbunden werden.

Eine Verbindung des Z. zum Bräsewitz-Zentrum in der BRD konnte nicht
erarbeitet werden. Zum Z. ist aber bekannt, daß er sich durch die
Tätigkeit dieses Zentrums kompromittiert fühlt, und sich mit den dahinter
stehenden rechten CDK-Kräften nicht identifizieren kann.

In der Bearbeitung des OV wurde weiterhin bekannt, daß der Z. eine negativ-
feindliche Einstellung zur DDR hat, und Kontakte zu einem gleichgesinnten
Personenkreis hat. Der im OV identifizierte Personenkreis war relativ stabil,
und bestand aus ehemaligen Mitgliedern der v. g. ev. Studentenkomitee.
Die op. Kontrolle von Treffen dieses Personenkreises ergab, daß ein bedeuten-
ausstausch zur kirchlichen Politik, zur Gemeindearbeit und zu aktuell politischen
Themen stattfindet ohne jedoch eine einheitliche Zielstellung zu erarbeiten oder
gemeinsame Handlungen zu planen.

Als weitere Handlungen des Z. wurden im OV erarbeitet und dokumentiert:

"Protest Erklärung Berliner Künstler" zur Ausbürgerung Biermanns;
Vorbereitung von Flugblättern gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts in der DDR;
Anfertigen von Auszügen aus Veröffentlichungen des "Spiegel" sowie
aus "Bühnen" Zeitschriften;

die jedoch unter der Grenze der strafrechtlichen Relevanz blieben.

Hauptabteilungsleiter, der GMS²⁸ »Ansoerge«, berichtete über das Einstellungsgespräch.

In der Anfangszeit konnte ich mich noch mit meinem alten Interessengebiet beschäftigen, im Fachausschuß mitarbeiten, Seminare besuchen. Ich durfte sogar zum ersten Mal zur berühmten Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz IWK der Technischen Hochschule Ilmenau fahren, was mir zu INT-Zeiten nie erlaubt war²⁹. Bei einer KdT-Jahrestagung in Suhl Ende Oktober 1983 sprang ich kurzfristig für Professor Eckhardt aus Dresden ein und hielt einen Hauptvortrag zum Thema »Entwurfsmethoden für VLSI-Schaltkreise - internationaler Stand und Tendenzen« vor gut 500 DDR-Fachleuten. Unterstützung für die Overheadfolien usw. erhielt ich (freilich illegal) von der Reproduktion - des INT.

Das Sammeln von Informationen durch die Stasi wurde in den Folgejahren ohne förmliches Verfahren fortgesetzt. Uplötzlich, wahrscheinlich aufgrund meiner Beschwerde in der Schule meiner Tochter über den Staatsbürgerkundeunterricht³⁰, eröffnete man eine neue Operative Personenkontrolle unter dem Decknamen »Preller«. Im Dezember 1989 sollte eine Entscheidung über mich fallen. Dazu konnte es aus den bekannten Gründen nicht mehr kommen. Eine Woche nach der Maueröffnung, am 15. November, wurde die Akte dem Archiv übergeben mit dem Abschlußvermerk »Zielstellung der OPK wurde erreicht. ... Hinweise zur strafrechtlichen Relevanz gemäß § 220 StGB³¹ ... konnten dafür nicht erarbeitet werden.«

Die »Wende«

Im Februar 1990 war die Diskussion über die Zukunft der DDR auf ihrem Höhepunkt. Verschiedene Wirtschaftsmodelle wurden diskutiert. In der SED/PDS, wie sich die SED nun nannte, sprach man sogar vom schwedischen Modell. In den »volkseigenen« Betrieben, in denen sich - teilweise unabhängige - Wirtschaftsräte gebildet hatten, wurde die Forderung laut, die Leiter durch Wahl zu bestimmen. In dieser Situation schrieb ich an »Adam Ries«, den ich noch im INT als Leiter des Büros des Institutsdirektors wußte, einen Brief. Darin stellte ich einige Fragen zu seiner Rolle in der Vergangenheit, nach seinen Zersetzungsmaßnahmen, nach seiner heutigen Sicht. Und ich fragte ihn, ob es nicht jetzt an der Zeit sei, sich bei einigen Kollegen und Kolleginnen zu entschuldigen.

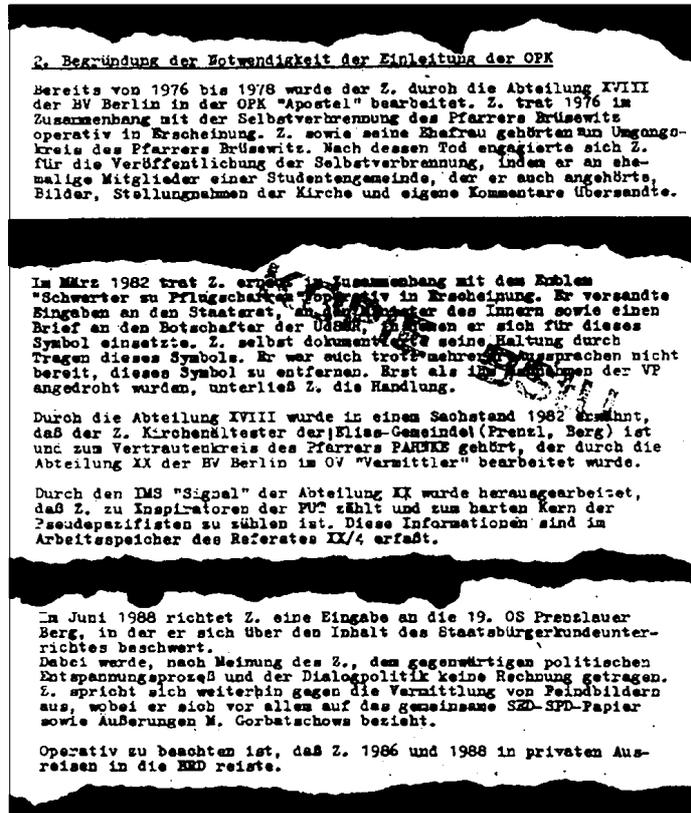
Als ich nach zwei Monaten immer noch keine Antwort hatte, fertigte ich ein Flugblatt, das durch einen Freund zusammen mit dem Brief im INT ausgehängt wurde. Ich forderte die Kollegen auf, im Falle einer Leiterwahl »Adam Ries« einige Fragen zu stellen. Die Kollegen drängten sich darum und forderten

28 GMS: Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit. Das waren nicht-offizielle Stasi-Mitarbeiter, die für ihre klassenmäßige Gesinnung bekannt waren.

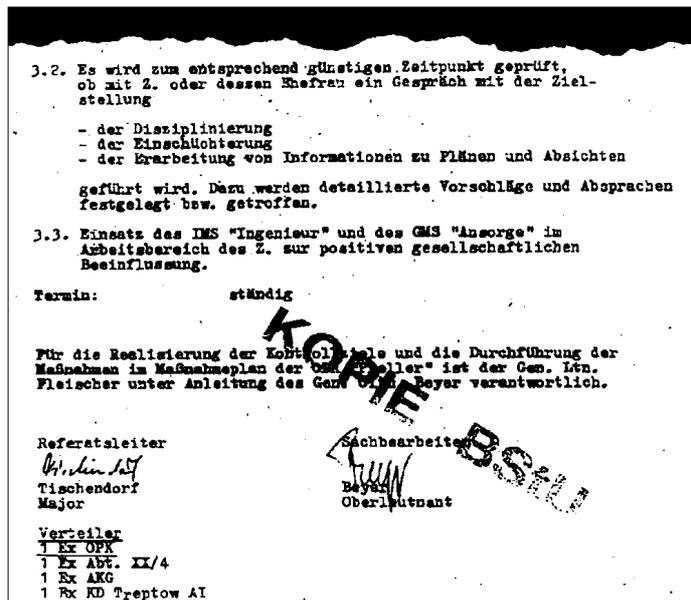
29 Es galt: zu internationalen Tagungen dürfen nur Reisekader fahren; eine Veranstaltung gilt als international, wenn ein Ausländer teilnimmt.

30 Das Schreiben ging persönlich über den Klassenlehrer an die Schuldirektorin. Deren Mann war MfS-Offizier. So ist wohl zu erklären, daß die Meldung der Abteilung Postkontrolle keine Information über eine kontrollierte Postsendung, sondern »Information eines Mitarbeiters unserer Dienstseinheit« ist. Die Direktorin, heute Lehrerin, räumt ein, daß ihr Mann das in seine Dienstbesprechung einbrachte, eine Übergabe meines Briefes schließt sie aus. Der Meldung war aber ausdrücklich eine Kopie beigefügt.

31 Staatsverleumdung



Operative Hektik durch Honecker-Zitate? - BStU, Archiv-Nr. AOPK 4567/89, OPK »Preller«, p. 15ff. (Ausrisse)



Sozialistisches Menschenbild: disziplinieren und einschüchtern. - BStU, Archiv-Nr. AOPK 4567/89, OPK »Preller«, p. 22 (Ausriß)

eine Antwort. Doch der Aushang hing nicht eine Stunde. Erregt entfernte ihn Institutsdirektor Dr. Bogk.

Nun antwortete »Ries«. Sein Antwort-Brief wurde im INT ausgehängt, jedoch ohne den meinen.

Auf meine Fragen ging er nicht im einzelnen ein. Im Stile marxistisch-leninistischer Selbstkritik, aber immerhin, erklärte er, zwar aus Überzeugung, aber mit unvollständigem und nicht konsequent entwickeltem Wissen gehandelt zu haben. Erst in den letzten Jahren, seit 1985, sei ihm das schrittweise und schmerzhaft klar geworden. Hatte dahinter oder damit im Zusammenhang der Konflikt von 1984 mit seinem Führungsoffizier gestanden?³² Schließlich erklärte er sich zu einem persönlichen Gespräch bereit, das ich nicht ernst nahm, da seine Antwort, wie er selbst andeutete, nur durch das Flugblatt erzwungen worden war. Sie enthielt zwar ein Bekenntnis zu seiner Verantwortung, aber keinen Hinweis auf eine Fremdsteuerung seiner Handlungen.

Als wäre nichts gewesen?

Im Unterschied zu »Ries« ging ich bei Dr. S. immer davon aus, daß er nicht den »Knüppel geschwungen« hatte, aber der Knüppel war und sich schwingen ließ. Manchmal dachte ich, daß er seinen menschlich-korrekten Kern mit ziemlichen Aufwand niederhalten mußte. War er doch bis Mitte der 70er Jahre ein auch von den Mitarbeitern sehr geschätzter Leiter und Fachmann. Sein Schritt, mit 40 Jahren in die SED einzutreten, machte ihn bei den Kollegen unglaublich; richtig ernst wurde er nicht mehr genommen. Das war auch eine Erfahrung anderer »Spätbekehrter«, man glaubte ihnen auch in SED-Kreisen nur den Karrierewunsch, was sie dann oft »schärfer« als die alten Genossen agieren ließ.

Anfang 1991 bewarb ich mich bei der Deutschen Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt. Ein ehemaliges KdT-Fachauschußmitglied aus Dresden hatte mich auf diese Stelle aufmerksam gemacht, die eine sehr interessante Tätigkeit versprach. Die neugegründete Abteilung sollte von Berlin aus Projekte begleiten, die durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Technik gefördert werden. Es handelte sich dabei um die Förderung von Forschungsprojekten zu computergestützten Systemen für die Mikrochip-Entwicklung. Da die Zukunft im WSSB damals durchaus nicht sicher war, ging ich auf diese Arbeitsstelle zu und bewarb mich. Später erfuhr ich, daß ich von den über 100 Bewerbern recht gute Chancen hatte, aber auch, daß eine der beiden Stellen bereits durch Dr. S. besetzt war. Ich konnte daraufhin nur meine Bewerbung zurückziehen. In meiner Begründung an den Chef dieser Einrichtung, den Kölner Professor Klimek, begründete ich meinen Rückzug damit, daß sich Dr. S. »Anfang der achtziger Jahre« »durch den Repressionsapparat der SED zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit einsetzen« ließ, infolge derer ich meine Arbeitsstelle habe wechseln müssen.

Als ich nach einigen Monaten keine Reaktion von dieser dem öffentlichen Dienst nahestehenden Einrichtung erhielt, wurde ich stutzig. Interessierte das eine bundesrepublikanische Behörde nicht? Lasen die nie Zeitung? Wußten die nicht, was die DDR war? Handelte es sich bei Professor Klimek gar um ... ? Oder war dies bloß undemokratisches Desinteresse? Dem wollte ich nachgehen. Auf meine Nachfrage beim BMFT³³, ob es denn niemanden im Westen interessiere, wen man einstelle, antwortete ein Dr. Hamacher im Januar 1992, daß er sich »in einer

Reihe von Gesprächen«³⁴ bemüht habe, sich ein Bild zu machen, mit dem Ergebnis, daß es sich bei den von mir »erhobenen Vorwürfen um eine innerbetriebliche Angelegenheit handelte«. Dabei hatte ich gar keine Vorwürfe erhoben, sondern nur Fragen gestellt. Ich hatte darüber hinaus in meinem Schreiben festgestellt, daß bei meinem eigenen Bewerbungsgespräch nicht eine Frage zu etwaigen Belastungen aus der DDR-Vergangenheit gestellt worden war. Hamacher überschrieb meine Erfahrungen schlicht mit der Bemerkung, daß beim Auswahlverfahren derartige Fragen »in angemessener Weise« »immer eine Rolle« spielten.

Wieder schrieb ich an Professor Klimek einen Brief. Ich fragte, woher er denn die Aussage mit den »innerbetrieblichen Problemen« habe. Er verwies auf eigene »Recherchen«, die zu dem Schluß führten, daß meine »persönlichen Probleme im früheren Arbeitsverhältnis innerbetrieblich begründet« gewesen seien. Ich sollte andernfalls meine »pauschalen Anschuldigungen« belegen.

Dieses Erlebnis war für mich erschreckend und Beleg dafür, daß die politische und wissenschaftliche Bürokratie der alten Bundesrepublik immer noch nicht begriffen hat, begreifen will oder auch nur angehalten wird, zu begreifen. Ist diese Demokratie zwar autoritär, aber nicht wach, wehrhaft?

In den darauffolgenden Jahren schickte ich ab und an Informationen besonders zur Frage nach den Hintergründen der Kampagne um »Schwerter zu Pflugscharen« an Dr. S. Ich wollte damit auch signalisieren, daß er durch seine frühere Handlungsweise immer noch in einer Erklärungsschuld steht. Im März 1992 schrieb ich ihm, daß ich Gesprächsbedarf sehe und eigentlich seine Initiative erwartet hätte. Es kam keine Antwort. Im August 1994 versuchte ich einen weiteren Vorstoß. Ich schickte einige Seiten der »Apostel«-Akten [8] und äußerte erneut meinen Gesprächswunsch. - ohne Antwort. Irgendwann schrieb ich diese Möglichkeit ab.

Inzwischen hatte ich die Stasi-Unterlagen zum »Preller« [10] studiert, die den Zeitraum 1982 bis 1989 betreffen. Darin befand sich S.s handschriftlicher Bericht zu dem von ihm geführten Disziplinierungsgespräch vom 3. Mai 1982. Daraus geht eindeutig hervor, daß es damals nicht um irgendwelche »innerbetrieblichen« Probleme ging. Ich schrieb im Dezember noch einen längeren Brief an S., in dem ich ankündigte, daß ich »aus polithygienischen Gründen« nun an die Öffentlichkeit gehen würde.

Gleichzeitig schickte ich eine Kopie des Disziplinierungsberichtes an Professor Klimek mit dem Hinweis auf seine frühere Forderung, einen Beleg zu erbringen. Daraufhin traf zum ersten Mal ein Brief von Dr. S. ein, in dem er mir ein Gespräch im Beisein eines Arbeitgebervertreters anbot. Darüber freute ich mich, erklärte ihm aber, daß das Gespräch wohl nun eher seine Firma zum Gegenstand haben werde als »die von mir gesuchte persönliche Auseinandersetzung«³⁵.

Im September hatte ich auch wieder an »Adam Ries« geschrieben und um ein persönliches Gespräch über die gemeinsame Vergangenheit gebeten. Wieder kam zu-

32 »Ries« berichtete, daß er seit dieser Zeit aufgrund eigener Erkenntnisse zur DDR- und Parteiführung mehr und mehr auf Abstand gegangen sei.

33 BMFT: Bundesministerium für Forschung und Technologie

34 laut telefonischer Information hatte er bei Professor Klimek nachgefragt.

35 Nach Erhalt dieses Manuskriptes einschließlich des gesamten Dokumentenanhangs Ende Mai 95 sah Dr. S. in einem Gespräch keinen Sinn mehr; von ihm also weder eine Erklärung noch eine Entschuldigung oder gar ein Beitrag zu Aufklärung von Zusammenhängen.

nächst keine Reaktion. Als ich drei Monate später den Decknamen »Adam Ries« als Anrede benutzte, kam seine zustimmende Antwort ...

Bilanz ziehen

Es bleibt sehr dankbar festzuhalten, daß mich die Vertreibung aus dem INT an eine Arbeitsstelle führte, die heute noch existiert. Das Ohr an den führenden Zukunftsprojekten der Mikroelektronik zu haben, sich gar dazu auch mal selbst äußern zu können - diese Zeit lief jedoch mit meinem Betriebswechsel aus. Insofern ist die Zer-setzungsarbeit der Stasi doch nicht ganz fruchtlos geblieben.

Das INT wurde nach der Wende aufgelöst, wobei »Adam Ries« als Geschäftsführer der »Liquidierungs-GmbH« fungierte. Die Kollegen meiner früheren Abteilung SO3 sind in alle Winde zerstreut, wenn auch weiterhin freundschaftliche Beziehungen gepflegt werden.

»Adam Ries« ist Rentner und möchte heute mit keiner Partei in Zusammenhang gebracht werden.

8. Synode Berlin-Brandenburg
vierte ordentliche Tagung
16. - 20. 4. 1982

Drucksache 112
zu Ds. 4 (3)

Tagungsanusch: "Friedensfragen"

1. Die Synode möge folgenden Brief an alle Gemeinden unserer Kirche beschließen:

"Liebe Schwestern und Brüder!

Während unserer Synodaltagung haben wir uns mit Fragen eines christlichen Friedenszeugnisses beschäftigt, die in den letzten Wochen viele bewegt haben. Dabei kamen die Bedrängnisse vieler junger Leute zur Sprache.

Wir danken allen, die sich um sachliche Klärung dieser Fragen bemühen und den Betroffenen beistehen.

Im Sinne des Briefes an die Gemeinden von Bischof Dr. Forck vom 8.4.1982 ermutigen wir alle Träger und Nichtträger des Abrüstungssymbols "Schwerter zu Pflugscharen", an der Verheißung des Propheten Micha festzuhalten. Dieses Symbol ist das Zeichen der Friedensdekade der Evangelischen Kirchen in der DDR. *Wer sich auf dieses Symbol bezieht, wird sich dafür bemühen, auch im Gespräch und im Verhalten Zeichen des Friedens zu geben.* Jeder einzelne von uns ist aufgefordert, aktiv und phantasievoll seinen Beitrag zu leisten, damit wir gemeinsam der Bedrohung des Friedens entgegenarbeiten.

Um noch bestehende Mißverständnisse in guter Weise klären zu können, übergaben wir beiliegendes Material.

Becker, Präses"

2. Als Anlage soll der den Synodalen übergebene Auszug aus der Antwort der Kirchenleitung auf die Aussprache über den Bericht der Kirchenleitung - zur Rechtslage um die Aufnäher "Schwerter zu Pflugscharen" - beigelegt werden.

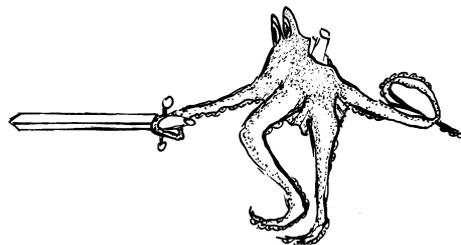
gez. Hafa
Vorsitzender

+ - 1

Deckblatt der Drucksache 112 von der 8. Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg (Fortsetzung auf den folgenden Seiten 30 und 31)

Literatur / Quellen

- [1] Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (StUG). Bundesgesetzblatt Jahrgang 1991, Teil I, vom 20.12.91.
- [2] Engelmann, R.: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit. Reihe »BF informiert« des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Band 3/1994.
- [3] Abkürzungsverzeichnis. Ministerium für Staatssicherheit: Häufig verwendete Abkürzungen und ausgewählte spezifische Begriffe. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Berlin 1993
- [4] Der Störenfried. Ermittlungen zu Oskar Brüsewitz. Dokumentarfilm von Thomas Frickel 1992. Ausleihbar über die kirchlichen Landesbildstellen oder über: Filmladen Kassel, Goethestr. 31, Tel. (0561) 710870.
- [5] Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV). Geheime Verschlusssache MfS 008 Nr. 100/76, Berlin Januar 1976.
- [6] Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit. Geheime Verschlusssache GVS o001. MfS JHS-Nr. 400/81. Potsdam, April 1985. Herausgegeben durch den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Abteilung BF, Reihe A, Nr. 1/93
- [7] Forschungsvorhaben 20605/93Z. BStU, Abt. BF II, 1993.
- [8] Akte OPK/OV »Apostel«, Reg.Nr. BV Berlin XV/1280/78, Archiv-Nr. AOP 25904/80
- [9] Zech, K.-A.: Die Angst vor dem toten Pfarrer. Zu politischen, kirchlichen und persönlichen Folgen der Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz. Manuskript 1995. Anhang 2: Die Inoffiziellen MfS-Mitarbeiter und Kontaktpersonen des »Apostel«.
- [10] Akte OPK »Preller«, Reg.Nr. BV Berlin XX/995/89, Archiv-Nr. AOPK 4567/89
- [11] Thomas Auerbach: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Abteilung BF, Reihe B, Analysen und Berichte Nr. 1/95 1994



8. Synode Berlin-Brandenburg

vierte ordentliche Tagung

16. - 20. 4. 1982

A u s z u g aus der Antwort der Kirchenleitung auf die Aussprache über den Bericht der Kirchenleitung.

Zur Rechtslage um die Aufnäher "Schwerter zu Pflugscharen"

Die Auseinandersetzung um die Aufnäher hat einmal mehr die große Bedeutung klarer rechtlicher Bestimmungen und ihrer Einhaltung von allen Seiten für ein vertrauensvolles Zusammenleben in der Gesellschaft deutlich gemacht:

Das gilt umso mehr dort, wo sehr unterschiedliche Standpunkte bestehen. Die Rechtsordnung muß sich im Konflikt bewähren!

Das Problem ist uns auch innerkirchlich leidig bekannt!

Wo Argument gegen Argument steht, darf eben nicht willkürlich administriert werden, sondern muß klar nach den Vorgaben der Rechtsordnung entschieden werden. Einschließlich der Inanspruchnahme von Rechtsmitteln. Deshalb ist in der Debatte um die Aufnäher von uns immer wieder nach der rechtlichen Grundlage staatlichen Vorgehens gefragt worden:

Zunehmend ist es möglich geworden, das Gespräch auf rechtliche Tatbestände zu führen und so oft zugleich zu versachlichen. Auch viele unserer betroffenen jungen Christen haben es als vertrauensfördernd empfunden, wenn trotz gegensätzlicher Meinungen klare rechtliche Auskünfte erteilt wurden!

Im einzelnen ist zu berichten:

1. Es gibt kein generelles Verbot der Aufnäher. Gesprächsweise Auskünfte, die auf § 214 StGB verwiesen waren u.E. rechtlich nicht haltbar und wurden nicht wiederholt.
2. Die AO über Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse vom 20.7.59 - GBl. I Nr. 46 S. 640 - hat an das Vliesverfahren noch nicht gedacht. Der in der Oberlausitz ansässige Hersteller hat demzufolge seit Jahren für Interessenten aller Art Prospekte, Kalender u.a. produziert. Vor kurzem ist ihm rechtlich verbindlich mitgeteilt worden, daß er künftig Genehmigungen einzuholen habe.
Das heißt im Klartext: Die Herstellung der jetzt vorhandenen Aufnäher war zulässig, künftig wird für alle Vliesdrucke die Genehmigung nötig; das gilt auch für Nachauflagen.
3. In den Schulen ist das Tragen der Aufnäher mit Hinweis auf die Schulordnung vom 20.11.79 - GBl. I Nr. 44 S. 433 - verboten worden. Das ist auf der Grundlage des Weisungsrechtes der Direktoren rechtlich möglich. Das entspricht alter Traditionen des sog. Hausrechtes.
Hierzu wurde der KL-Bericht II angefragt, ob es Fälle gäbe, wo Jugendliche von Ausbildungsstätten entfernt worden seien, obwohl sie das Zeichen nicht mehr in der Ausbildungsstätte tragen. Dazu ist heute zu berichten, daß bisher im Bereich unserer Kirche kein solcher Fall vollzogen wurde. Wir könnten intervenieren und wir hoffen, daß es nicht zu Verweisungen kommen wird!

Umdr. A 101/82

- 2 -

Angemerkt sei noch, daß wir von einer Orientierung des Ministeriums für Volksbildung hörten, in der den Schuldirektoren empfohlen wurde, die Aufnäher innerhalb der Schule zu untersagen, zugleich aber, erinnert wurde, daß das offene Tragen von Kreuzen in der Schule zulässig wäre.

4. Die Maßnahmen der VP haben als Rechtsgrundlage das VP-Gesetz vom 11.5.68 - GBl. I Nr. 11 S. 232. Danach ist die VP befugt, zur Abwehr von Gefahren und zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Das schließt die Möglichkeit der polizeilichen Zuführung und der Verwahrung von Sachen ein. Wir haben hier gefragt, ob denn dieses kirchliche Abrüstungssymbol wirklich eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sei und ob die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt sei. Einige Beschwerden auf Grund des geordneten Beschwerdeverfahrens nach § 19 des VP-Gesetzes laufen hierzu noch. Hier kann man sich mit rechtlichen Mitteln auseinandersetzen! Umsomehr, da in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie 1982 S. 117 zu lesen steht:

Den Schriften dieser jüdischen Propheten entnehmen wir auch den religiösen Glauben an das kommende Friedensreich: "Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben und sie werden hinfort nicht mehr lernen Krieg zu führen." Welcher Marxist würde behaupten wollen, daß religiöser Glaube in dieser Form reaktionär sei und, obwohl er selbst noch kein wissenschaftlich fundiertes Bewußtsein darstellen konnte, unvereinbar mit Wissenschaftlichkeit sei? Dieser humanistische religiöse Glaube, als Ideologie fortschrittlicher Klassen, ahnt gewissermaßen die wissenschaftliche Erkenntnis von einer klassenlosen Gesellschaft, in der es keine Kriege mehr gibt, voraus.

Aber es gibt auch eine Gefahr: Mit Sorge hören und sehen wir, daß in westlichen Medien unser kirchliches Abrüstungssymbol zum Abzeichen einer DDR-Oppositionspartei mißdeutet wird. Das trifft nicht nur nicht zu, sondern erschwert und gefährdet eine eigenständige kirchliche Friedensarbeit! Es erschwert darüber hinaus ungemein auch unsere rechtliche Argumentation.

Darf ich abschließend noch einmal hervorheben, daß das Herangehen an Streitfragen auf der Grundlage der Rechtsordnung eine gute Hilfe sein kann: sachlich und offen konstruktive Regelungen zu finden. Auch in der Aufnäherfrage. Das wäre überzeugende Praktizierung der von uns allen gewünschten Kirchenpolitik des 6. März 1978!

18.4.82

gez.: Stolpe

Umdr. A: 101/82